

Danziger Zeitung.

Nr. 18301.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben - gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Spandau, 22. Mai. (W. T.) Die hiesigen Artilerie-Werkstätten haben den Tageslohn um 15 bis 20 Prozent erhöht.

Wiesbaden, 22. Mai. (W. T.) Der General der Infanterie v. Franseck ist gestorben.

(Der Verstorbene war am 16. Nov. 1807 in Gedern im Großherzogtum Hessen geboren, trat 1825 als Secondlieutenant in die preußische Armee, der er als activer Soldat bis zum Jahre 1882, wo er als Gouverneur von Berlin seinen Abschied einreichte, angehört hat. Ueber seine hervorragende Thätigkeit in den letzten großen Kriegen bringen wir an anderer Stelle — wegen Raumangels erst in der nächsten Nummer — ausführlichere Mittheilung.)

Breisburg, 22. Mai. (Privattelegramm.) Die Maul- und Klauenpest ist hier ausgebrochen. Die Versendung der Kinder und Schweine ist gestoppt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 22. Mai.

Die gestrige Sitzung der Militär-

Commission,

über welche in unserer heutigen Morgenauflage ausführlich telegraphisch berichtet ist, war von weittragender Bedeutung; zunächst vermöge der Rede des Kriegsministers, welche Aussichten auf eine Weiterentwicklung unseres Heereswesens eröffnete, deren Consequenzen fast unabsehbar sind, und ferner wegen der Erörterungen, die sich über die Frage nach Compensationen daran schlossen. Die Erklärungen, welche Kriegsminister v. Berndt über den neuen Organisationsplan zur vollständigen Durchführung des Scharnhorst'schen Gedankens der allgemeinen Wehrpflicht abgegeben, erfuhren eine bedeutungsvolle Ergänzung durch den Nachweis des Directors im allgemeinen Kriegs-Departement, Generalleutnant Vogel v. Falkenstein, daß zur Zeit die Einführung der zweijährigen Dienstzeit eine Unmöglichkeit sei. Wenn alle Dienstaugliche in Zukunft auch kriegsmäßig ausgebildet werden sollen, so würde, da der Kriegsminister die Zahl der in den letzten drei Jahren nicht ausgebildeten Mannschaften auf 54 500 Mann berechnet, die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres von 468 409 auf 632 000 Mann erhöht werden müssen. Für manchen wird es auch eine Überraschung sein, aus Falkensteins Rede zu erfahren, was freilich die mit diesen Dingen näher Vertrauten längst gewußt haben, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit nicht nur keine Herabsetzung des Militäretats, sondern vielmehr eine bedeutende Steigerung derselben um mehr als 100 Millionen bedingen würde wegen der dann nötigen Verstärkung des Offizier- und Unteroffiziercorps u. c.

Was aber auch für finanzielle und militärische Gründe gegen die Herabsetzung der Dienstzeit angeführt werden mögen, — wichtiger als alles sind die volkswirtschaftlichen Rückichten, die dabei zu beobachten sind. Die Thatache steht unumstößlich fest — und nicht nur die Freisinnigen Rickert und Richter, sondern auch die Centrumsabgeordneten und Herr v. Bennigsen wiesen darauf hin —, daß es eine Unmöglichkeit ist, das „Volk in Waffen“ drei Jahre lang zum Dienst im stehenden Heere zu verpflichten. Wenn die Militärverwaltung jede Verkürzung der Dienstzeit ablehnt, so wird sie durch diese Haltung auch denjenigen, die im übrigen, den Nachweis des Bedürfnisses im einzelnen vorausgesetzt, ein Entgegenkommen bezüglich der gegenwärtigen Vorlage nicht durchaus verweigern möchten, ihre Stellung außerordentlich erschweren. Diese Wirkung der in der Commission gemachten Mitteilungen ist schon in der gestrigen Sitzung hervorgetreten. Die Frage, Herabsetzung der Dienstzeit oder nicht, dürfte für das Schicksal der jetzigen Vorlage entscheidend werden, so sehr sich auch der Kriegsminister bemüht, jeden Zusammenhang zwischen dieser und den weiteren Organisationsplänen in Abrede zu stellen.

Von den Parlamenten

ist der Reichstag bereits gestern in die Ferien gegangen, welche für das Plenum bis Montag, den 9. Juni, dauern. Von den Reichstagscommissionen wird die Commission für die Novelle zur Gewerbeordnung ihre Berathungen schon am 3. Juni beginnen; die Commission für die Gewerbegechte hat sich bis zum 4. die Militärcommission bis zum 6. Juni vertagt.

Das Abgeordnetenhaus hält heute die letzte Sitzung vor den Ferien ab und vertagt sich dann bis zum 3. Juni.

Einheitliche Regelung des Strafvollzuges.

Der Staatssecretär im Reichsjustizamt, v. Oehlenschläger, hat in der gestrigen Reichstagssitzung bei der Beantwortung der Interpellation des Abg. Bamberger wegen der einheitlichen Regelung des Strafvollzuges eine Erklärung abgegeben, daß die Reichsregierung in nicht zu ferner Zeit an diesem Ziele anlangen werde. Diese Erklärung hat zwar prinzipiell von keiner Seite Widerspruch erfahren, offenbar aber wird der Weg zu diesem Ziel kein ganz kurzer sein. Der Staatssecretär hält eine vorherige Revision des Strafgesetzbuchs infowelt für unerlässlich, als das bestehende Gesetz einen Unterschied in der Behandlung zwischen politischen und anderen Gefangenen prinzipiell nicht zulasse. Eine Regelung des Strafvollzuges, welche in dieser Richtung für politische Gefangene bezüglich der Beschäftigung, Kleidung, Be-

kostigung u. s. w. eine milde Handhabung der Gefangenenvorschriften gestatte, könnte also generell nur auf Grund einer Änderung der Bestimmungen des Strafgesetzbuchs über die Vollstreckung der Gefängnisstrafen herbeigeführt werden.

Gegen diese Auffassung oder vielmehr gegen eine Revision des Strafgesetzbuchs zu diesem Zwecke hat sich von allen Rednern, welche bei der Besprechung der Interpellation zu Wort gekommen sind, nur Abg. Windthorst erklärt, der zur Zeit wenigstens diesen Weg nicht für gangbar hält. Es ist dies um so überraschender, als Herr Bamberger, wie er in der Begründung der Interpellation bemerkte, bei der Einbringung derselben lediglich einen früheren Antrag des Abg. Windthorst abgeschrieben hat. Wie das zusammenhängt, hat Herr Windthorst damit angedeutet, daß er bemerkte, das Centrum habe f. J. einen solchen Antrag eingebracht mit Rücksicht auf die Behandlung, welche zur Zeit des Kulturkampfs die Redacteure der Centrumpresse hätten erdulden müssen. Damals aber habe das Centrum mit seinem Antrage wenig Anklang gefunden. Herr Windthorst scheint demnach nicht über Lust zu haben, sich jetzt für die damals ungünstige Aufnahme seines Antrages zu revanchieren.

Die Bemerkungen, welche Dr. v. Dehlschläger im übrigen über den früher dem Bundesrat vorgelegten Gesetzentwurf betreffend den Strafvollzug gemacht hat, enthielten im wesentlichen nichts Neues. Es ist bekannt, daß die Vorlage damals in den Bundesräthausschüssen durchverlesen und dann ad acta gelegt wurde. Daß die Rücksicht auf die finanziellen Kosten, welche die generelle Durchführung der Einzelhaft den Einzestaaten auferlegen würde, zu dem Verzicht auf die Vorlegung des Gesetzentwurfs an den Reichstag nicht unerheblich beigetragen hat, ist auch damals schon bekannt geworden. Indes war diese Erwägung nicht die allein ausschlaggebende, wie denn ja auch der Staatssecretär bemerkte, daß man sich bezüglich der Einführung der Einzelhaft auf einen Compromiß geeignet habe. Der damalige Entwurf des Strafvollzuges hatte auch bezüglich der Anwendung von Disciplinarystrafen nicht unerhebliche Milderungen gegen die in den Einzestaaten bestehenden Vorschriften beantragt und gerade diese sollen, wie damals wenigstens verlaute, in den entscheidenden Kreisen nachträglich auf Bedenken gestoßen sein.

Einer der wichtigsten Differenzenpunkte, welche sich damals in den Verhandlungen des Ausschusses des Bundesrates für das Justizwesen herausstellten, war ferner der, daß die Mehrheit der Vertreter der Bundesregierungen eine Überwachung der Ausführungen der Vollstreckung der Strafen durch Reichs-Commissare, wie solche in dem Entwurf beantragt war, „als mit der Justizhöheit der Einzestaaten unvereinbar“ bezeichnete. Immerhin wird man bei gutem Willen eine Befestigung der Mithände, welche in dem Falle Boshart u. a. sich herausgestellt haben, auch ohne eine generelle Regelung des Strafvollzugs herbeiführen können, falls die Hindernisse, welche damals das Zustandekommen verhindert haben, auch jetzt noch unüberwindlich sein sollten. In der Zwischenzeit wird es Sache der Einzelregierungen sein, so weit wie möglich auf eine entsprechende rücksichtsvollere Behandlung der politischen Strafgefangenen hinzuwirken. Gerade bezüglich des Falles Boshart ist bekanntlich festgestellt worden, daß die Behandlung desselben im Widerspruch mit den bezüglichen Gesetzesvorschriften sich befand, und auch in anderen Fällen ist in der Presse bisher ohne Widerspruch berichtet worden, daß die Erörterung dieser Fragen in der Presse auf die teilweise Abstufung der Mithände eingewirkt hat.

Eine Erörterung der Einzelfragen in den Landtagen dürfte nach der gestrigen Verhandlung im Reichstage sich um so wirkamer erweisen, als, von Einzelheiten abgesehen, eine vollständige, auch von dem Staatssecretär des Reichs-Justizamts geholtte Übereinstimmung darüber besteht, daß eine mildernde Behandlung der politischen Strafgefangenen angezeigt erscheint.

Der „Unzug der Wahlproteste“.

Gestern kam im Reichstage auch der Antrag des Abgeordneten Rickert auf Änderung der Geschäftsordnung zur Verhandlung. Der Antrag beweist bekanntlich eine Beschleunigung der Wahlprüfungsarbeiten durch die Einziehung mehrerer Wahlprüfungs-Commissionen. Alle Welt weiß ja, welch geradezu unerträgliche Zustände auf diesem Gebiete bisher geherrscht haben und es ist noch in frischer Erinnerung, wie im vorigen Cartellreichstage eine Wahl, bei welcher noch dazu die allergrößten Verlöse vorgekommen waren, die des Abgeordneten Websky in Walenburg, erst in den allerletzten Tagen der ganzen Legislaturperiode kassiert wurde. Die jahrelange Verschleppung solcher Dinge, an denen die Wähler das größte Interesse haben, ist ein solcher Uebelstand, daß es wunderbar erscheint, wie man überhaupt gegen den Versuch zu seiner Befestigung protestieren kann.

In den Köpfen der Herren Conservativen malt sich die Welt freilich häufig und so auch in diesem Falle anders. Der Herr Abgeordnete Müller-Marienwerder gewann es über sich, den Antrag Rickert prinzipiell zu bekämpfen und dabei das bezeichnende Wort von dem „Unzug der Wahlproteste“ zu gebrauchen, das den Herren nicht vergeben werden soll. Freilich, nachdem ihm der Abg. Singer vorgehalten, daß Dr. Müller dann logischerweise den Unzugsparagraphen gegen die Wahlproteste ins Feld führen müßte, und

nachdem auch der Centrumsabgeordnete Gröber seinem Erstaunen über Müllers Bemerkung vom „Unzug der Wahlproteste“ Ausdruck gegeben, schrankte Herr Abg. Müller seinen schönen Ausdruck vom Unzug auf die „Fabrication von Wahlprotesten“ ein, womit indessen der Blida, den er in sein Inneres eröffnet hat, kaum verschleiert worden ist. Zu Wahlprotesten gehören Leute, welche sie anstrengen. Bezeichnet man diese Thätigkeit als Unzug, so ist man natürlich auch dem produkte derselben nicht gewogen. Uns wundern solche Bekanntnisse des Herrn Müller übrigens durchaus nicht. Gehört er doch zur conservativen Partei, die von den Wahlprotesten am härtesten betroffen wird, da notorisch auf conservativer Seite die größten Wahlbeeinflussungen und Verwaltungen verübt worden sind, gehört er doch ferner dem Osten an, wo notorisch solche Unregelmäßigkeiten am zahlreichsten vorkommen sind, von denen die beim Reichstage eingegangenen Proteste ja nichts anderes sind als eben nur ein schwacher Abglanz, wie Herr Rickert in seinem Schlusssatz hervorhob. Die Conservativen haben nun zwar mit für Überweisung des Antrages an die Geschäftsordnungscommission gestimmt, aber nur in der stillen Hoffnung, daß er dort begraben werden möge, eine Speculation, deren Durchkreuzung eine dringende Pflicht der Gegner der Cartellparteien ist.

Ueber die Ausschusswahlen der freisinnigen Partei

enthält die „Frankf. Itg.“ eine Mittheilung, in der es nach Erwähnung der Wiederwahl des Dreizehner- und des Siebener-Ausschusses heißt: „Anlaß daß aber nun diese Sieben sich ihren Vorsitzenden wählen, gleich dies auf Vorschlag Hänels durch den Dreizehner-Ausschuss, und dieser wählt in Abwesenheit von Birchum und Stauffenberg mit 6 gegen 5 Stimmen nicht den bisherigen Vorsitzenden Richter, sondern Schrader.“

Hierzu bemerkt die „Liberale Correspondenz“: „Nach Nr. 4 des Organisationsstatuts der freisinnigen Partei besteht der geschäftsführende (Dreizehner-) Ausschuss zur Führung der Geschäfte einen engeren Ausschuss von höchstens 7 Mitgliedern; darunter einen Schatzmeister und einen oder mehrere Geschäftsführer. Das Verfahren des Central-Comites in der Sitzung vom 19. d. entspricht also genau den Bestimmungen des Organisationsstatuts. Die sofortige Wahl der Geschäftsführer ist auch nicht auf Vorschlag Hänels, sondern auf den Vorschlag Richters erfolgt, und zwar durch Stimmzettel. Richtig ist nur, daß die Wahl Schraders zum ersten und Zelles zum zweiten Geschäftsführer mit 6 gegen 5 Stimmen erfolgt ist. Von einer „Überrumpfung“, wie die „Germania“ meint, konnte demnach nicht die Rede sein.“

Die „Liberale Corresp.“ ist hierbei jedenfalls besser unterrichtet als die „Germania“, „Frankf. Itg.“ und alle die anderen Blätter, die aus diesen Vorgängen directe oder indirekte Angriffe gegen die „Salonsfreisinnigen“ oder „Wadelstrümpfe“, wie einige Berliner Organe sich geschmacvoll ausdrücken, herleiten.

Die nächste Volkszählung.

Die amtliche Bearbeitung der Ergebnisse der Volkszählung von 1890 wird, wie wir hören, auch insofern eine Änderung gegen die früheren Jahre bringen, als durch sie die Beziehungen des Bevölkerungsaustausches erheblich gemacht werden sollen, in denen die Großstädte untereinander und zu den kleineren Orten stehen. Zu diesem Zwecke sollen in der Übersicht über die ortsanwesende Bevölkerung nach Geschlecht und Geburtsort nicht, wie bisher, die Angaben über den letzteren bloß in der Weise zur Verwendung gelangen, daß daraus zu erkennen ist, wie viele in der einzelnen Provinz oder in dem Staatsverband geboren sind, sondern es sollen alle Städte über 100 000 Einwohner in der Übersicht ausgeschieden und besonders aufgeführt werden. Man wird demnach auf Grund der Zählung des laufenden Jahres späterhin auch genau wissen, welche Bruchtheile der ortsanwesenden Bevölkerung in Königsberg, Danzig, Göttingen, Breslau, Magdeburg, Altona, Hannover, Frankfurt a. M., Düsseldorf, Elberfeld, Barmen, Crefeld, Köln, Aachen, Minden, Nürnberg, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Stuttgart, Braunschweig, Bremen, Hamburg und Straßburg i. C. geboren sind.

Sozialpolitische Enquête.

Der nationalliberale Abg. Giegle hat den Antrag eingegangen, den Reichskansler zu ersuchen, statistische Aufnahmen über die Lage der arbeitenden Klassen, insbesondere über Arbeitszeit, die Lohnverhältnisse und Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter in den verschiedenen Berufszweigen vornehmen zu lassen. Mit der Annahme dieses Antrags wäre bis zum Abschluß der Enquête über die gegenwärtige Vorlage hinaus jeder weitere gesetzgeberische Schritt auf dem Wege der kaiserl. Erkläre vom 4. Februar d. ausgeschlossen.

Zu den deutsch-englischen Verhandlungen über Ostafrika wird der „Doss. Itg.“ aus London berichtet, daß Sir Percy Anderson bald nach Pfingsten nach Berlin zur Wiederaufnahme der deutsch-englischen Verhandlungen über Ostafrika zurückkehren wird. Im Unterhause wird demnächst versucht werden, eine Debatte über die Beziehungen Englands und Deutschlands in Südafrika anzuregen. Es wird fortgesetzt behauptet, Salisbury habe große Gebietsstücke in Südafrika dem deutschen Einfluß abgetreten, aber die Informationen über den Gegenstand sind noch unvollkommen. Ueber solche Abtreten ist in Berlin bisher noch nichts be-

kannt geworden; dieselben dürften hauptsächlich in der Phantasie der englischen Colonialgesellschaften bestehen.

Revision der schweizerischen Bundesverfassung.

Wie aus Bern telegraphiert wird, schlägt der Bundesrat vor, den Artikel 120a der Bundesverfassung in dem Sinne zu revidieren, daß 50 000 stimmberechtigte schweizerische Bürger die Aufhebung oder Abänderung einzelner Artikel der Bundesverfassung, sowie eine Aufstellung neuer Verfassungsbestimmungen verlangen können. Sobald ein solches Begehr gestellt wird, hat eine Volksabstimmung darüber zu befinden, und wenn das Volk seine Genehmigung dazu gegeben, so hat die Bundesversammlung die Revision in die Hand zu nehmen.

Reichstag.

11. Sitzung vom 21. Mai.

Interpellation des Abg. Bamberger, „ob und wann der Entwurf eines Gesetzes betreffend den Volzugs der Freiheitsstrafen dem Reichstage vorgelegt werden wird.“

Abg. Bamberger (freis.): Meine Interpellation hat keineswegs den Zweck, den verbündeten Regierungen läßt zu fallen; sie dürfte aber vielleicht schneller zum Ziele führen, als ein Antrag es könnte. Es ist von keiner Seite bestritten worden, daß das Strafvollzugsgebot durchaus unvollständig und unzureichend sei. Schon im norddeutschen Reichstage ist zugestanden worden, daß gleichzeitig mit einem Strafgesetzbuch auch alsbald ein Strafvollzugsgebot vereinbart sei. 1874 wurde zuerst von dem nationalliberalen Abg. Zeilkamp ein dahin gehender Antrag gestellt. 1878 hat auch College Windthorst eine entsprechende Interpellation gestellt. Noch später hat auf eine Anregung des Abgeordneten Gisoldt der damalige Staatssecretär v. Schelling seine Bereitwilligkeit zu einer solchen Reform erklärt und nur die finanzielle Tragweite betont, welche einer solchen Reform noch im Wege steht. Den nächsten Anlaß zu meiner Interpellation gab eine Reihe von Fällen, die vor einigen Monaten in die Öffentlichkeit getreten sind, in denen gewisse Gattungen von Gefangenen eine Behandlung erfuhr, welche die Aufmerksamkeit des Hauses wie der Regierung auf sich ziehen muß. Eine Abhilfe wäre erwünscht, auch schon bevor der Reichstag ein Strafvollzugsgebot beschließen kann, durch eine einfache Anweisung an die einzelnen Bundesregierungen. Ich erinnere in dieser Beziehung an die Erörterungen des Reichstages in den Jahren 1874 und 1875, die zu ähnlichen Anregungen führten. Wäre es also nicht richtig schon jetzt, ehe es zum Strafvollzugsgebot kommt, den verbündeten Regierungen Anweisung darüber zu erteilen, daß bei gewissen Kategorien von Gefangenen eine Bestrafung in milderer Weise auszuführen sei, wie es sich ja eigentlich von selbst versteht? Aus neuester Zeit ist Ihnen allen der Fall des Redakteurs Boshart bekannt, den man im Gefängnis wie einen Juchthäusler behandelt hat. Denken Sie doch daran, welche Gefühle es in einem solchen Mann erwecken muss, wenn er eine derartige Behandlung zu erdulden hat; denken Sie an den Jammer der Angehörigen, die ihn in Gefängniskleider gefestelt, mit geschoreinem Bart und Haupthaar, in seiner Gesundheit geschädigt erblicken mußten. Mir ist jetzt wieder ein neuer Fall briefflich mitgetheilt worden, der den Redakteur der „Tremonia“ in Dortmund betrifft. Dieser mußte im Jahre 1887 eine sechswöchentliche Gefängnisstrafe wegen Bismarckbeleidigung abzubüßen und hat in dieser Zeit nicht nur gewöhnliche Gefängnisarbeit leisten müssen, sondern wurde auch mit 6 schweren Gefangen in einer Zelle zusammen eingesperrt. (Hört, hört! links.) Eine solche Ausübung der Strafe, die dem Gefühl der Humanität und der Civilisation widerspricht, muß den, der eine Strafe abzubüßen hat, mit doppeltem Schmerz erfüllen. Das Uebel ist, daß in der Behandlung von Gefangenen und Juchthäuslern gar kein Unterschied gemacht wird. Man wendet ein, daß aus finanziellen Gründen das nicht möglich sei, daß man nicht Geld genug habe, um ein Material von Aufsichtsbeamten auszuwählen, das im Stande sei, die feinen Unterschiede zu machen. Solche finanziellen Rücksichten aber dürfen unmöglich zugelassen in Deutschland, wo wir doch so viel Geld für nötige und unnötige Dinge ausgeben. Es muß hier entsprechende Abhilfe geschaffen werden. Solche Zusammenstellungen leichter Verbrecher mit den schwersten Verbrechern dürfen unter keinen Umständen vorkommen. Man darf jemand, der wegen politischer Vergehen zu Gefängnisstrafe verurteilt worden ist, unmöglich in einem Zustand verbleiben, der ihn vollständig mit Insomni bedeckt, der ihn für sich und für seine Mitmenschen für immer herabwürdig. Man darf ihn nicht in Juchthauskleidung stecken, ihn nicht zwingen, Arbeiten zu machen, die ein wahrer Höhn auf seine Bildung und Gesittung sind. Man darf ihm nicht eine Röst geben, die mit seiner Gesundheit und seinen Gewohnheiten in Widerspruch steht. Sonst wird aus der Gefängnisstrafe eine wahre Folterstafette, ein Glück körperlicher Züchtigung. Vergegenwärtigen wir uns doch, welches die politischen Vergehen sind, wegen welcher die Leute zur Gefängnisstrafe verurteilt werden müssen. Gemäßigt handelt es sich um eine Ueberleitung, die vermieden sein würde, wenn die Betreffenden länger über das, was sie schreiben, nachdenken könnten. Ich selbst hätte schon manches Strafwürdige begangen, wenn ich mir nicht vorher meine Auflösungen im einzelnen genau überlegt hätte. Ich will nicht den Anschein erwecken, als ob ich mich rächen wollte an einer Gruppe, die das Schicksal getroffen hat, aber ich kann doch sagen, es ist durch die systematische Verfolgung der Auflösungen der gegenwärtigen Presse, die seit dreißig Jahren bei uns gehandhabt worden ist, eine üble Praxis zum Durchbruch gekommen. (Gehr richtig links.) Ich hoffe, daß neben manchen anderen eine Änderung darin eintreten und daß es keine Rubrik Capri - Beleidigungen in den Akten geben wird. Das wird ein ermunterndes Beispiel sein, daß nicht jede kleine Behörde, wenn an ihr etwas kritisiert wird, gleich den Staatsanwalt anruft. Wenn wir ein Strafvollzugsgebot erhalten, so könnte darin auch die Frage geregelt werden, welche in der letzten Zeit hier wieder als Controverse aufgeworfen ist, daß nämlich ein wegen nicht ehrenwürdiger Vergehen bestraftes Mitglied dieses Hauses, welches seine Strafe bereits angefangen hat, von Amts wegen während der Sitzung entlassen werden kann. Gelegentlich des Fal

bach dergleichen Missbräuche nicht mehr vorkommen sollen. Man hat in der letzten Zeit, namentlich bei Ostafrika, so oft von christlicher Gesinnung und Menschenrechten gesprochen. Hier handelt es sich um unsere eigenen Mitbürger, um schweres Herzleid, das wir ungerecht bereitet sehen. Die hohe Rechts- und sittliche Bildung des Volkes erkennt in dieser Abhöfe einen Akt der Humanität und Gerechtigkeit, der sich mit jedem anderen messen kann. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Oehlischläger: Ich bin in der Lage, die gestellte Frage dahin zu beantworten: „Die gesetzliche Regelung des Strafvollzuges wird auf Seiten der verbündeten Regierungen als ein im Interesse der vollen Einheitlichkeit der Strafverfolgsplege zu erreichendes Ziel ins Auge gefasst. Über den Zeitpunkt aber, in welchem dem Reichstag eine entsprechende Vorlage gemacht werden wird, kann eine bestimmte Zusicherung heute noch nicht ertheilt werden.“ Das Reichsjustizamt hat im Auftrage des Bundesrates und des Reichskanzlers einen Entwurf ausgearbeitet, auch in einer Commission von Sachverständigen beraten und dann dem Bundesrat überbracht. Bei der Beratung hier stellten sich nun zunächst Differenzen heraus, namentlich gegen das aufgestellte Prinzip, daß alle kürzeren Gefängnisstrafen bis zu einer gewissen Dauer in Einzelhaft verfügt werden sollten und jede Gefängnisstrafe von längerer Dauer und jede Zuchthausstrafe zunächst in Einzelhaft beginnen sollte. Die Bedenken gegen diesen Cardinalpunkt des ganzen Gesetzes rührten wesentlich aus finanziellen Gründen her. Für Preußen erwies sich eine einmalige erste Ausgabe von 150 Mill. und eine dauernde jährliche Belastung von 6 Mill. als notwendig, für Bayern 47 Mill., für Sachsen 13 Mill. einmalige Ausgaben und die entsprechenden jährlichen Belastungen. Deshalb war für diesen Grundzug des Entwurfs nicht die Zustimmung sämtlicher Bundesstaaten zu erlangen, vielmehr wurde von verschiedenen Seiten vorgeschlagen, jenen obligatorischen Satz abzuwöhnen dadurch, daß man ihn nur als Regel aussetze, welche nach Möglichkeit folge zu leisten wäre. Zunächst haben dann die Einzelregierungen sich bemüht, alle ihre Neubauten schon so einzurichten, daß sie dem erwähnten Grundsatze gerecht würden. Ein zweites Hemmnis aber bot sich dann in den Angriffen, welche in neuerer Zeit gegen unser ganzes Strafensystem und hauptsächlich gegen das System unserer Freiheitsstrafen erhoben worden sind. Noch erscheint es verfrüht, alle Vorschläge einer genaueren Prüfung zu unterziehen; es kann aber auch nicht für angezeigt erachtet werden, mit einem Vollzugsgebot, welches sich immer auf der Basis des bestehenden Rechts aufbauen muß, schon jetzt vorzugehen, wo alle diese Wünsche noch nicht zur Reife gekommen sind. Rechtsverständiger glauben ich, daß es nicht lange dauern wird, bis der Bundesrat mit einer Vorlage kommen wird. Freilich werden die Erwartungen des Vorredners nur dann erfüllt werden können, wenn zugleich eine Revision des Strafgesetzbuchs vorgenommen wird. Ein Strafvollzugsgebot kann man nur aufbauen auf dem Boden des materiellen Rechts. Das Strafgesetzbuch unterscheidet nicht zwischen Gefängnisstrafe gegen Diebe, Betrüger und zwischen Gefängnisstrafen gegen politische und preßvergehen. Es wäre ja aber nicht unmöglich, in einigen Bestimmungen des materiellen Rechts zu revidieren. Ich glaube sogar, daß in der Vorlage, die die Regierung Ihnen vielleicht vorschlagen wird, innerhalb des materiellen Strafrechts Veränderungen notwendig sein werden. Auch die Bestimmung des Strafgesetzes, welches ausdrücklich vorschreibt, daß alle strafbaren Handlungen gegen dasselbe genau so wie alle übrigen strafbaren Handlungen behandelt werden sollen, würde zu ändern sein. Unmöglich ist es aber, seitens des Reiches auf die einzelnen Bundesstaaten darauf hinzuwirken, daß Ihre Reglemente nicht gegen den Geist des Strafgesetzbuchs verstehen. Strafvollzug ist Sache der Landesgesetzgebungen und liegt nicht in der Kompetenz der Reichsregierung; nur eine Überwachung des Reiches ist möglich, daß nicht gegen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs selbst verstochen wird. Fälle, die zu Klagen über die Handhabung des Strafvollzuges Anlaß geben, werden und sind in den einzelnen Landtagen behandelt worden.

Auf Antrag des Abg. Rickert tritt das Haus in eine Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Clemm (conf.): Diese Frage ist keine Parteifrage, sondern ihre Lösung liegt lediglich im Interesse der Wahrung der Gerechtigkeit. Ein Strafvollzugsgebot könnte sich nur in allgemeinen Normen bewegen auf Einzelheiten kann man von Reichswegen nicht eingehen. Die Notwendigkeit der Individualisierung erkenne ich an. Andererseits muß man sich aber auch bei der Individualisierung davor hüten, ungerecht zu verfahren. Gewisse Normen über die Bekämpfung und Beschäftigung der Gefangenen u. s. w. lassen sich allgemein herstellen, aber die Details der Ausführung der Strafvollzugsrechte müssen den Einzelregierungen überlassen bleiben. Vor allem müssen wir eine humane Strafvollzugsrechte haben. Sollte ein Gesetz über den Strafvollzug vorgelegt werden, so werden wir alle Kraft einsetzen, um etwas zu Stande zu bringen, was den humanen Zwecken entspricht.

Abg. v. Bar (frei): Es ist wünschenswert, daß durch die Interpellation vor der Welt constatirt wird, daß der deutsche Reichstag ein lebhafte Interesse an der Verbesserung unserer Strafverfolgsplege hat. Der Sr. Staatssekretär hat erklärt, daß ohne Veränderung des Strafgesetzbuchs eine gründliche Regelung des Strafvollzuges nicht möglich sei. In dieser Beziehung möchte ich namens eines großen Theils der Strafrechtswissenschaften konstatiren, daß wir den Wunsch haben, es möge das Strafgesetzbuch in Ansehung der Freiheitsstrafen regulirt werden. Das wünschen nicht nur Theoretiker, sondern auch Praktiker, die mit dem Gefängnisleben vertraut sind. Die Fassung der Bestimmungen des Strafgesetzbuchs über den Strafvollzug ist unklar. Daher steht der Vollzug auf die allergrößten Schwierigkeiten. Die Freiheitsstrafen sind im deutschen Reich nicht überall dieselben, ja können sogar innerhalb eines Staates verschieden sein, z. B. in Ostpreußen andere als in Westfalen oder in der Rheinprovinz. Der Richter weiß garnicht, was die Gefängnisstrafe im Einzelnen bedeutet. Dieselbe wird zum Theil auch in den Räumen eines Zuchthauses vollzogen, und da kann die Strafe sehr leicht einen anderen Charakter annehmen, und es ist nicht zu verwundern, wenn zu Gefängnis Verurteilte wie Zuchthausstrangle behandelt werden ohne jeden bösen Willen. Die wesentliche Grundlage der Strafvollzugsrechte ist die Hausratordnung der Gefängnisse, der sich auch der gebildete Mann unterwerfen muss. Das steht mit dem Geiste des Gesetzes in Widerspruch, und es wird so bald als möglich das Freiheitsstrafenystem vereinigt werden müssen zu einer Strafe mit Zwangsarbeit und einer solchen ohne Zwangsarbeit. Verschiedene Staaten stehen bereits auf diesem Standpunkt. Das Strafvollzugsgebot wird sich nicht in einem allgemeinen Rahmen zu bewegen haben, sondern sehr bestimmte Vorschriften treffen müssen. Es könnte vielleicht auch zu erwägen sein, ob nicht dem Verurteilten, wenn ein Streit entsteht, an einer bestimmten Art und Weise der Strafverfolgung dem Gesetz entspricht, der Schutz einer Berührung an eine richterliche Verhörde zu gewähren ist. Möge diese Gedanken dazu beitragen, den verbündeten Regierungen die Überzeugung zu geben, daß die Schwierigkeiten, welche einem rationalen Strafvollzug entgegenstehen, überwunden werden können. (Beifall links.)

Abg. Geiger (soc.): Wir sind über die Interpellation außerordentlich erfreut. Die freisinnige Partei hat sonst ja immer wohlwollend auf unsere Seite gestanden, wenn wir verschiedene Beschwerden über unsere Behandlung durch die Behörden vorbrachten. Aber jetzt, nachdem einmal einer der Ihrigen höchst unlösbar Weise behandelt ist, nahmen sie sich selbst der Sache an. (Abg. Bamberg: Ganz falsch!) Wir haben immer auf dem Standpunkt gestanden, daß humane Grundsätze in der Strafvollzugsrechte Platz greifen müssen. Nach meinen persönlichen Erfahrungen der schlimmsten Art im Gefängnis muß ich erklären, daß ein Vollzugsgebot für die Freiheitsstrafen nicht nur für politische Vergehen

notwendig ist, sondern, daß überhaupt die Behandlung der Gefangenen besser wird. Die Bekämpfung der Gefangenen ist gänzlich unzureichend. Für die Gefängnisordnungen sind die Gefängnisdirectoren verantwortlich. Beklagt man sich aber bei einem solchen, so geschieht alles, um diese Klagen zu Boden zu schlagen. So ist es mir im sächsischen Landtage gegangen, und die Aussichtsreiche der Regierungsvertreter waren so unglaublich, daß beinahe selbst den Herren auf der Rechten die Haare zu Berge gestanden haben. (Hört, hört!) Aber ich habe doch die Genugthuung gehabt, daß in Folge meiner Darstellung der frühere Director der Gefängnisanstalt in Zwickau aufser Dienst gestellt wurde. Auch die wegen gemeiner Vergehen bestrafsten müssen eine bessere Behandlung erfahren. Das Gefängnis soll besser, aber bei so unwürdiger Behandlung, wie ich sie in Zwickau gefunden habe, müssen die Gefangenen verdorben herausgehen. (Sehr richtig! links.) Unser College Bruhns wurde mit kreuzweise gesetzten Händen nach einer Vernehmung nach der Strafanstalt zurückgeführt. (Hört, hört! links.) Rufe links: Wo? In Bremen. Auf seine Beschwerde bedauerte man ein solches Verfahren, antwortete aber, es liege keine Veranlassung vor, gegen den Beamten mit Strafe vorzugehen, denn den Transportoreuren sei es überlassen, einen Gefangenen zu fesseln. In Bremen wurde eine bis dahin hochangesehene, wegen Geheimbündelei verurteilte Dame in der Weiberanstalt in Bruchsal als Zuchthäuslerin behandelt, erhielt keine eigene Wäsche und Bettwesen und wurde von den anderen Gefangenen geduzt. (Hört, hört!) Ein wegen Majestätsbedeutigung verurteilter Journalist fuhr der Gefangenenaufseher in Heilbronn mit den Worten: „Du Lümmel, kannst du nicht anständig stehen?“ Ein anderer Redakteur mußte in Bamberg Weiberrohren nähern. Der Redakteur der „Eberfelder Fr. Fr.“ Böller, wurde in Herford scharf rasiert und geschnoren und trug Gefängniskleider, während andere wegen Körperverletzung bestraft Gefangene Bart und eigene Kleidung trugen. Politische Gefangene werden zum Theil viel härter behandelt, als die wegen gemeinsamer Vergehen Inhaftierten. Ein wegen Betrugs gleichfalls in Herford inhaftirter Herr v. Born durfte eigene Wäsche tragen, konnte sich selbst bekämpfen und Zeitungen lesen. Ein Sozialdemokrat Juchalski wurde auf seinem Krankenlager in Berlin verhaftet und krank nach Posen ins Gefängnis transportiert; die Eltern durften ihn erst nach 8 Wochen besuchen. Er wurde, gestützt auf zwei Aufseher, vorgeführt, seine Mutter fiel bei diesem Anblick in Ohnmacht. Er bat seine Mutter, die Gerichte um seine vorläufige Entlassung zu ersuchen, da er Wunden am Körper habe, die auf den harten Brettern, auf denen er liegen müsse, sich verschlimmerten. Diese Bitten blieben aber von einem hohen Gericht und dem Staatsanwalt unberücksichtigt. Schließlich wurde er nach 14 Wochen nach dem Franziskanerkloster in Breslau gebracht, wo er bald darauf von seinen schweren Leiden durch den Tod erlöst wurde. (Hört, hört! links.) Den politischen Gefangenen muß endlich eine bessere Behandlung zu Theil werden. Professor v. Holtendorff schrieb einmal an die „Doss. Stg.“, die heilnische, römische Republik habe die Gefangenen besser behandelt, als es vor der christlichen Geschlebung des 19. Jahrhunderts gescheh. Mir wurde in Zwickau auch die Selbstbehauptung und Selbstbeschäftigung verweigert. Der Director fragte mich: „Wie heißt du? was ist dein Vater? was ist deine Mutter?“ Als ich diese Fragen bereitwillig beantwortet hatte, fragte mich der Herr: „Und die Brut?“ (Hört, hört! links.) Damit meinte er meine Geschwister. Was sollen dann erst die unteren Beamten thun, die sich nach ihren Vorgesetzten richten? (Surf links: Die sind viel humaner!) Giebt die Regierung ein Strafvollzugsgebot nicht, das den Beamten der Humanität entspricht und eine würdige Behandlung der Gefangenen fördert, dann wird sie in weitesten Volkskreisen den Glauben nicht verlieren können, daß sie politische Gefangene malträtiert will.

Abg. Windthorst: Ich möchte bei dieser Frage an die Leiden der katholischen Geistlichen und Redakteure in der Zeit des Kulturkampfes erinnern. Das wirksamste Mittel zur Befreiung solcher Ungehörigkeiten ist die Öffentlichkeit und die Belehrung hier im Hause. Für eine Revision des Strafgesetzbuches möchte ich aber unter den gegebenen Umständen doch nicht plädiieren. Fälle, wie die vorgestellten, dürften bei ausreichender Kontrolle auch jetzt nicht vorkommen, sie beruhen auf einem Missbrauch der Strafgerichtsbarkeit, für welche die Beamten verantwortlich gemacht werden sollten. Auch ohne gesetzliche Regelung kann im Verwaltungsweg schon Abhilfe erfolgen.

Abg. v. Marquardsen (nat.-lib.): Ich bin dem Abg. Bamberger für seine Anregung und Förderung eines deutschen Strafvollzuges um so dankbarer, als wir in stiller Zeit im Schoße unserer gemeinsamen Partei ein Strafvollzugsgebot als Ergänzung des Strafgesetzbuchs ins Leben rufen wollten. Bei allen guten Vorschriften in Bezug auf die Behandlung der Gefangenen liegt die Gefahr vor, daß den Gefangenen Unrecht geschehen kann. Ich hoffe, daß nach den Äußerungen des Herrn Staatssekretärs bei gegenwärtigem guten Willen alle Hindernisse beseitigt werden, welche zur Zeit diesem Ziele entgegenstehen.

Die Diskussion wird geschlossen.

Die Interpellation betreffend den deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrag wird auf Antrag des Interpellanten, Abg. Baumbach, von der Tagesordnung abgezogen.

Ein Antrag Kintelen (Centr.), welcher das gerichtliche Befreiungsmaßnahmen vereinfachen will, wird, nachdem ihn der Antragsteller befürwortet, einer Commission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die Beratung des Antrags Rickert zur Geschäftsordnung, wonach im Bedürfnisfalle der Reichstag mehrere Wahlprüfungscommissionen einsetzen kann.

Abg. Rickert weist darauf hin, daß von 1874—76 lediglich den Abtheilungen das Wahlprüfungsgebot obgelegen habe. Auf Antrag der Abg. v. Bernuth u. Gen. sei eine besondere Wahlprüfungscommission beschlossen worden. Eine schnellere Erledigung der Wahlprüfungsarbeit und eine festere sichere Grundlage für die Entscheidung, wie man gehofft sei, aber trotzdem nicht eingetreten. Daraus solle den früheren Wahlprüfungscommissionen kein Vorwurf gemacht werden; sie kommen eben nicht mehr lebten. In Folge dessen seien einzelne Wahlen erst am Schlusse der Legislaturperiode geprüft worden. Er beantragt nun, wie früher schon, daß im Bedürfnisfalle der Reichstag statt einer zwei Commissionen niederscheine. In dieser Session seien nicht weniger als 18 Wahlen angefochten. Es sei nicht abzusehen, wann dieselben noch geprüft werden sollen. Der Einwand, daß dann vielleicht die beiden Commissionen nach verschiedenen Grundsätzen verfahren würden, sei nicht stichhaltig. Wenn diese Wahlprüfungsfragen auch nicht als Parteifragen behandelt würden, so könnten doch die Mitglieder der einzelnen Fraktionen, welche in beiden Commissionen sitzen, sich leicht einigen. Givet steht aber fest, daß, wenn man einmal auf seinen Vorschlag nicht eingehen wolle, die Prüfung der Wahlen in den Abtheilungen noch den Vorzug verdienen. Jedermann möge man doch wenigstens einen Versuch wagen; gelinge derfelbe nicht, so könnte man in der nächsten Session zu dem alten Verfahren zurückkehren.

Abg. Müller-Marienwerder (Reichspart.) spricht sich gegen den Antrag aus; derselbe würde nur zur kolossalen Vermehrung von Protesten führen und die gesetzgeberischen Arbeiten des Reichstags stören. Der Reichstag solle dem „Umfang der Proteste“ nicht noch Vorwurf leisten. Mit Staaten habe er namentlich in freisinnigen Blättern die Aufforderung gelesen, alles, was irgendwie gegen eine Wahl einzuwenden sei, zum Gegenstand eines Protestes zu machen. (Sehr richtig! links.) Schließlich sollen alle Träger irgendwelcher Autorität bei den Wahlen mundtot gemacht werden, es bleibt dann nur übrig eine agitatorisch aufgehetzte, verbündete und verführte Masse. (Lachen links.) Durch solche massenhaft vorgebrachten, in vielen Fällen ganz unbegründeten, auf Unwahrheiten beruhenden Wahlproteste

kann man höchstens das allgemeine Wahlrecht ad absurdum führen. (Beifall rechts.)

Abg. Singer (soc.): Vielleicht stellen die Herren von der conservativen Partei nach diesem Vortrage den Antrag, daß Wahlprotokolle verbunden und diejenigen, welche den Reichstag damit beheligen, auf Grund des Unfugsparagraphen zur Rechenschaft gezogen werden. (Sehr gut! links.) Die Entrüstung über die Wahlproteste ist für mich nichts weiter als der Ausdruck des bösen Gewissens, welches die conservative Partei bei den Wahlen sich erworben hat. (Sehr richtig! links; Lachen rechts.) Eine große Schwierigkeit liegt in der Langsamkeit, mit der die vom Reichstag beschlossene Entschließung der Unfugsparagraphen zur Rechenschaft gezogen werden. Auch die wegen gemeiner Vergehen bestrafsten müssen eine bessere Behandlung erfahren. Das Gefängnis soll besser, aber bei so unwürdiger Behandlung, wie ich sie in Zwickau gefunden habe, müssen die Gefangenen verdorben herausgehen. (Sehr richtig! links.) Unser College Bruhns wurde mit kreuzweise gesetzten Händen nach einer Vernehmung nach der Strafanstalt zurückgeführt. (Hört, hört! links.) Rufe links: Wo?

In Bremen. Auf seine Beschwerde bedauerte man ein solches Verfahren, antwortete aber, es liege keine Veranlassung vor, gegen den Beamten mit Strafe vorzugehen, denn den Transportoreuren sei es überlassen, einen Gefangenen zu fesseln. In Bremen wurde eine bis dahin hochangesehene, wegen Geheimbündelei verurteilte Dame in der Weiberanstalt in Bruchsal als Zuchthäuslerin behandelt, erhielt keine eigene Wäsche und Bettwesen und wurde von den anderen Gefangenen geduzt. (Hört, hört!) Ein wegen Majestätsbedeutigung verurteilter Journalist fuhr der Gefangenenaufseher in Heilbronn mit den Worten: „Du Lümmel, kannst du nicht anständig stehen?“ Ein anderer Redakteur mußte in Bamberg Weiberrohren nähern. Der Redakteur der „Eberfelder Fr. Fr.“ Böller, wurde in Herford scharf rasiert und geschnoren und trug Gefängniskleider, während andere wegen Körperverletzung bestraft Gefangene Bart und eigene Kleidung trugen. Politische Gefangene werden zum Theil viel härter behandelt, als die wegen gemeinsamer Vergehen Inhaftierten. Ein wegen Betrugs gleichfalls in Herford inhaftirter Herr v. Born durfte eigene Wäsche tragen, konnte sich selbst bekämpfen und Zeitungen lesen. Ein Sozialdemokrat Juchalski wurde auf seinem Krankenlager in Berlin verhaftet und krank nach Posen ins Gefängnis transportiert; die Eltern durften ihn erst nach 8 Wochen besuchen. Er wurde, gestützt auf zwei Aufseher, vorgeführt, seine Mutter fiel bei diesem Anblick in Ohnmacht. Er bat seine Mutter, die Gerichte um seine vorläufige Entlassung zu ersuchen, da er Wunden am Körper habe, die auf den harten Brettern, auf denen er liegen müsse, sich verschlimmerten. Diese Bitten blieben aber von einem hohen Gericht und dem Staatsanwalt unberücksichtigt. Schließlich wurde er nach 14 Wochen nach dem Franziskanerkloster in Breslau gebracht, wo er bald darauf von seinen schweren Leiden durch den Tod erlöst wurde. (Hört, hört! links.) Den politischen Gefangenen muß endlich eine bessere Behandlung zu Theil werden. Professor v. Holtendorff schrieb einmal an die „Doss. Stg.“, die heilnische, römische Republik habe die Gefangenen besser behandelt, als es vor der christlichen Geschlebung des 19. Jahrhunderts gescheh. Mir wurde in Zwickau auch die Selbstbehauptung und Selbstbeschäftigung verweigert. Der Director fragte mich: „Wie heißt du? was ist dein Vater? was ist deine Mutter?“ Als ich diese Fragen bereitwillig beantwortet hatte, fragte mich der Herr: „Und die Brut?“ (Hört, hört! links.) Damit meinte er meine Geschwister. Was sollen dann erst die unteren Beamten thun, die sich nach ihren Vorgesetzten richten? (Surf links: Die sind viel humaner!) Giebt die Regierung ein Strafvollzugsgebot nicht, das den Beamten der Humanität entspricht und eine würdige Behandlung der Gefangenen fördert, dann wird sie in weitesten Volkskreisen den Glauben nicht verlieren können, daß sie politische Gefangene malträtiert will.

Abg. Steinrich (conf.): Ich protestiere gegen die Behauptung des Abg. Singer, daß unsre ablehnende Haltung gegen den Antrag Rickert ein Ausflug u. jeres bösen Gewissens sei, wir haben ein ebenso gutes Gewissen wie die anderen Parteien. Keine Zweckmäßigkeit leiten uns bei unserer Stellung zu dem Antrage. Vor allen Dingen besteht' n. w. das nach Annahme dieses Antrages eine Entlastung des Wahlprüfungsverfahrens eintreten müßt. Schon jetzt können die Wahlprüfungen dadurch erheblich beschleunigt werden, daß die Abtheilungen eine Reihe von Wahlprotesten erledigen.

Abg. Steinrich (conf.): Ich protestiere gegen die Behauptung des Abg. Singer, daß unsre ablehnende

Haltung gegen den Antrag Rickert ein Ausflug u. jeres bösen Gewissens sei, wir haben ein ebenso gutes Gewissen wie die anderen Parteien. Keine Zweckmäßigkeit leiten uns bei unserer Stellung zu dem Antrage. Vor allen Dingen besteht' n. w. das nach Annahme dieses Antrages eine Entlastung des Wahlprüfungsverfahrens eintreten müßt. Schon jetzt können die Wahlprüfungen dadurch erheblich beschleunigt werden, daß die Abtheilungen eine Reihe von Wahlprotesten erledigen.

Abg. Grüber (Centr.): Wenn man über Unfug sprechen will, dann wird man über den Unfug sprechen, der zu den Wahlprotesten Veranlassung gibt. (Sehr richtig!) Die Wahlproteste sind mit großer Mühe abgefaßt; das tut man doch nicht zum Privatvergnügen. Das Wahlrecht ist ein staatsbürgliches Recht und wir sind Wächter dieses Rechts, und deswegen nicht kleinlich darüber urtheilen, ob einmal ein Missbrauch mit einem Wahlprotest gemacht wird. Liebigs ist nicht die schnelle Erledigung, sondern die gerechte und gründliche Erledigung der Wahlproteste die Hauptfache. Es ist ein Unding, daß jemand hier großartige Reden hält, in Commissionen sitzt, an Abstimmungen teilnimmt und dann einen Monat nachher seine Wahl kassiert wird. Wenn man nicht in die Geschäftssordnung die Bestimmung aufnehmen will, daß die Wahlprüfungen allein anderen Geschäftshäfen vorgehen, dann bleibt nichts übrig, als das gegenwärtige Verfahren. Vielleicht empfiehlt es sich, der Wahlprüfungscommission für ihre Arbeiten ähnlich wie bei der Budgetcommission eine Pause zu lassen. Von dem Antrag Rickert ist eine Besserung nicht zu erwarten.

Abg. Hein (soc.): Bei den letzten Wahlen ist eine Belehrung der Regierung nicht so sehr hervorgegangen wie bei früheren; um so mehr ist diesmal aber der Einfluß der Arbeitgeber hervorgegangen. Eine solche Belehrung wird durch die freisinnigen Partei nicht für eine solche angesehen, welche eine Ungültigkeitsklärung nötig machen könnte.

Abg. v. Marquardsen (nat.-lib.): Ich bin mit dem Antrag Rickert nicht einverstanden, weil er das Ziel nicht erreichen wird. Aber die Angelegenheit ist wichtig genug, um sie in der Geschäftssordnungsvorlage zum Ausdruck zu bringen. Bei gutem Willen werden aber auch in einer Commission von 14 Mitgliedern entsprechende Resultate erzielt werden können.

Abg. Müller-Marienwerder: Ich habe nicht die Wahlproteste als Unfug bezeichnet, sondern nur die rein erfundenen, unwahren Protestbehauptungen. Ein Zeitungsredakteur hat einen Protest eingereicht und sich vorbehoben, die Begründung nachzubringen, das ist eine Frivolität. (Große Unruhe links.) Das halte ich aufrecht.

In seinem Schlusssatz bemerkt

Abg. Rickert: Die formalistischen Einwendungen gegen den Antrag können denselben nicht entkräften. Die Proteste sind nur ein schwaches Abglanz der wirklichen Wahlbeeinflussungen; im Vergleich zu diesen ist die Zahl der Proteste sehr gering. Viele unterlassen die Proteste, weil das nicht so ganz gefährlos ist. Ich bedaure, daß der Abg. Müller auch bei dieser Gelegenheit Parteipolitik getrieben hat. Die Wächter werden sich von ihm Müller nicht abschrecken lassen, vielmehr werden sie hoffentlich noch mehr mit Wahlprotesten kommen, wo Unregelmäßigkeiten vorliegen. Sr. Grüber mißversteht mich, ich will natürlich nicht, daß die Wahlprüfungen oberflächlich behandelt werden; aber sie sollen auch nicht verschleppt, nicht bis in die letzte Session verschleppt werden. Machen Sie doch nur einmal die Probe.

Der Antrag wird der Geschäftssordnungs-Commission überwiesen.

Nächste Sitzung: Montag, 9. Juni.

Deutschland.

Berlin, 22. Mai. Die Student

seiner Besitzung Gelens im Kulmer Kreise einst-
weilen Aufenthalt genommen.

* [Neuer Polizeipräsident.] Wie aus Berlin
gescheit wird, soll die Ernennung des Regierungs-
räths Frhrn. v. Neisw. in Kassel zum Polizei-
präsidenten in Danzig nunmehr erfolgt sein.

* [Pfingst-Egtrazug nach Berlin.] Die Be-
theiligung an dem Egtrazuge, welcher heute auf
der hinterpommerschen Bahn von Stolp nach
Berlin abgelassen wurde, war eine bessere als im
vergangenen Jahre. Es sind in Danzig, von wo
aus die Egtrazüge mit dem Morgens abge-
lassenen Schnellzuges bis Stolp befördert wurden,
4 Billets zweiter und 49 Billets dritter Klasse
nach Berlin und auf den Stationen zwischen
Danzig und Stolp 2 Billets zweiter und 14 Billets
dritter Klasse verkauft worden. Im vergangenen
Jahre wurden in Danzig nur 24 Billets nach
Berlin und 4 nach Stettin gelöst.

* [Gemeinnützige Baugesellschaft.] Wie wir
schon früher meldeten, ist hier, angeregt durch
den im letzten Winter von Herrn Prediger
hevelke gehaltenen Vortrag über Danziger
Wohnungsverhältnisse, ein Comité zusammengesetzt,
welches eine „Gemeinnützige Baugesell-
schaft“ für Danzig ins Leben rufen will. Eine
Egtrazublage zu der heutigen Abend-Ausgabe
enthält nun den bezüglichen Aufruf dieses
Comités, den wir der Aufmerksamkeit unserer
Mitbürger empfehlen.

* [Ausgang.] Herr Dr. Schröter, ordinarer
Arzt am hiesigen Stadtjazareth in der Sandgrube,
hat, wie wir vernehmen, seine Stellung an dieser
Anstalt gekündigt und beabsichtigt zum 1. September
aus derselben zu scheiden.

* [Amtseinführung.] Der neu gewählte besetzte
Stadtrat beim hiesigen Magistrat, Herr Loop aus
Berlin, ist jetzt zur Übergabe seiner hiesigen Ob-
liegenheiten hier eingetroffen. Die Amtseinführung des
herrn Loop wird in der nächsten Stadtverordneten-
sitzung, welche Mittwoch nach Pfingsten stattfinden soll,
erfolgen.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Landrat Ebdorf und Oberbürgermeister Ebditt gegen-
über sein Bedauern auszusprechen, daß es ihm infolge
von unliebsamen Zufälligkeiten nicht möglich gewesen
wäre, den beabsichtigten Empfang der bei seiner
Durchfahrt nach Königsberg auf dem Bahnhofe Elbing
aufgestellten gewesenen Kriegervereine wahrnehmen zu
können. Herr Diese wurde sodann zur kaiserlichen
Tafel geladen.

* Rosenberg, 21. Mai. Zu der in der leichten Sonn-
tags-Nummer enthaltenen Correspondenz aus Rosen-
berg, welche meldete, daß vor mehreren Jahren Land-
wirthe im dortigen Kreise, welche bei der Hagel-Ver-
sicherungs-Gesellschaft „Germania“ bestanden,
abgeschlossen hatten, 400 Prozent Nachschußprämie zu-
zahlten hatten, wird uns mitgetheilt, daß wir die ge-
meldeten Thatsachen richtig und durchaus erhabt sind,
daß dieser Vorgang aber nicht die jetzige Hagelversiche-
rungs-Gesellschaft „Germania“ betrifft, gegen welche
der „Staats-Anz.“ neulich ein behördliches Eincreiten
in Aussicht gestellt hat. Es habe schon vor ihr eine
Hagelversicherungs-Gesellschaft „Germania“ bestanden,
bei welcher jene Nachschußprämie erforderlich wurde.
Diese Gesellschaft habe jedoch bald darauf liquidiert und
die jetzige habe mit ihr nichts als den Namen „Ger-
mania“ gemein.

Königsberg, 21. Mai. Von den Kaiserfesten wird
der „Asg. Hart. Jtg.“ nachträglich noch folgende
heitere Geschichte bekannt. Eine Dame aus der Pro-
vinz hatte sich an eine bekannte Dame bei Hofe mit
der Bitte um Auskunft über die beim Empfang der
Kaiserei angelegte Kleidung gewandt. Nicht wenig
erstaunt war sie, als folgendes Telegramm bei ihr
einlief: „Halber Ausschnitt, halb sauer“. Erst nach ver-
schiedenleidem Hin- und Hertelegraphiren ergab sich,
daß das Telegramm lauten sollte: „Halber Ausschnitt
(ver Zaile), Halbtrauer“. Die unleserliche Handschrift
der Aufgeberin des Telegramms hatte den amüsanten
Fehler verursacht. — Gestern constituierte sich hier ein
Comité zur würdigen Feier des 450-jährigen Jubiläums
der Erfindung der Buchdruckerkunst. Das Fest soll
Sonntag, den 29. Juni, stattfinden. Die Freude hat
der Rector unserer Universität, Professor Bezenberger,
übernommen. Am 1. Juni wird hier die nordostliche
Section der deutschen Buchdrucker-Berufsgegen-
schaft ihre Jahres-Versammlung abhalten.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Bermischte Nachrichten.

AC. [Die Trauung Henry M. Stanleys] und Fr.
Dorothy Temmants wird im Juli in der Westminster-
Abtei stattfinden.

* [Zob durch elektrische Leitung.] In Newyork ist
durch elektrische Drähte ein neuer Unfall verursacht
worden. Ein Mann, der die Fenster eines Bankgebäudes
putzte, verlor das Gleichgewicht, fiel rückwärts, be-
höhe die elektrischen Leidsträhte und wurde auf der
Stelle getötet.

Schiffsnachrichten.

Emden, 19. Mai. Laut Looskenbericht kenterte am
Sonnabend Nachmittag während einer Gewitterbö die
Sailk „Catharina“ aus Westrauerfeln. Das Schiff
ist in ca. 10 Meter Wasserdiepte gesunken. Ueber das
Schiffal der Mannschaft ist nichts bekannt.

Guez, 20. Mai. Der am Sonntag hier eingetroffene
Dampfer „Palamotta“ von der britisch-indischen Ge-
sellschaft hat einige Einzelheiten über den Untergang
seines Schwester-schiffes, der „Dacca“, gebracht. An
Bord der „Palamotta“ befanden sich 419 Fahrgäste
und Mannschaften der „Dacca“. Die leichtere ramte am
letzten Freitag Morgen gegen das 400 englische Meilen
von hier befindliche, im 25. Gr. nördl. Breite
liegende Dädelos-Riff. Es war Morgen 6 Uhr,
die meisten Fahrgäste schliefen noch, als das
Schiff gegen das Nordende des Riffes anrannte
und sich den Bug einschlug. Fast vier Stunden
blieb es jedoch stot, so daß alle Fahrgäste, von
denen die Mehrzahl Frauen waren, auf das Riff
hinaufgeschafft werden konnten. Einige fanden Unter-
kunft im Leuchtturme, während andere bis an die
Süßen im Wasser stehend auf dem Telsen bleib-
en mußten. Raum hatten die leichter Auswanderer das
Schiff verlassen, als es in tieferem Wasser unterging.
Es war nämlich 1½ Meilen vom Riff weg getrieben.
Die noch an Bord befindliche Mannschaft und die Offi-
ziere wurden vom Dampfer „Rosario“ aufgenommen.
Etwa später kam die „Palamotta“ daher, nahm die
auf dem Telsen gebliebenen Leute auf und brachte sie
nach Guez. General Dörner, der Oberbefehlshaber
der englischen Besatzungsarmee in Ägypten, hat 400
Matraken für die Schiffbrüchigen gesandt, welche fast
alle ihre Habe verloren haben. Bis jetzt haben sie auf
dem Deck der „Palamotta“ geschlafen.

[Policeibericht vom 22. Mai.] Verhaftet: 2 Arbeiter,
1 Junge wegen Diebstahls, 3 Obdachlose, 1 Bettler,
1 Betrunkenem. — Gefunden: 1 Sonnensturm, ein
Schlüssel, abzuholen von der Polizei-Direction.

k. Joppo, 22. Mai. Am ersten Pfingstfeiertage
wird hier auch Frau Musica wieder ihren Einzug
halten. Bekanntlich ist der den Danziger Opernbesuchern
rühmlich bekannte erste Kapellmeister am dortigen
Stadttheater Herr Aehaupt für die Leitung der dies-
jährigen Badekapelle gewonnen worden. Leichter tritt
allerdings erst zum 15. Juni zusammen, Herr Aehaupt
wird hier aber bereits an beiden Pfingstfeiertagen
seines neuen Dirigentenamts warten und mit einer von
ihm ad hoc berufenen Kapelle im Sargarten Nach-
mittags-Concerte geben.

* Marienburg, 22. Mai. Nach der „Nogat-Jtg.“
erweist sich die hierher gelangte telegraphische Meldung
von der Tötung des Studenten Ritsch im Duell als
ein falsches „Scherz“. Königsberger Studenten
sollen in übermäßiger Aneiplaune das Telegramm
abgesandt und die Nachricht verbreitet haben.

Gding, 21. Mai. Bekanntlich hat der Kaiser an-
läßlich seiner Anwesenheit in Pillau u. a. auch Gelegen-
heit gehabt, einige der dort befindlichen Schichau'schen
Torpedoboote in Augenschein zu nehmen. Nunmehr
hat der Kaiser seine Anwesenheit in Pröhelnitz benutzt,
sich über den Bau dieser Boote des näheren zu in-
formieren. Es war deshalb zu gestern Nachmittag Herr
Oberingenieur Siefe, der leitende Ingenieur des
Schichauschen Etablissements, nach Pröhelnitz befohlen
worden. Um 3 Uhr wurde derselbe von dem Kaiser
empfangen und der Kaiser nahm — wie die „Asg. Jtg.“
berichtet — die Ausführungen des Herrn Siefe über
Schiffe und Schiffbau, die verschiedenen Typen der
Torpedoboote und Einrichtungen derselben mit großem
Interesse entgegen; zur besseren Veranschaulichung legte
hr. Siefe zugleich einige Pläne und Skizzen vor. Zum
Schluß des Empfangs, der sich längere Zeit aus-
dehnte, beauftragte der Kaiser hrn. Siefe, den herren

Regulierungspreis 120% lieferbar inländ. 140 M.
unterpoln. 101 M. transit 100 M.
Auf Lieferung per Mai-Juli inländischer 141½ M.
bei, per Juni-Juli inländ. 14½ M. bez., transit
101 M. bez., per Juli-August inländ. 137 M. bez.,
per Sept.-Oktbr. inländ. 135 M. Br., 134½ M.
Gb., do. unterpoln. 97½ M. Br., 96½ M. Gb.,
do. transit 96 M. Br., 95½ M. Gb.

Gerte per Tonne von 1000 Kilogr. russische 104—
107½ 95—100 M.

Häfer per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. 153 M.

Kiefe per 50 Kilogr. zum See-Export Weizen-
3.70 M.

Spiritus per 10000 Liter contingentir loco 53½ M.

Gd., per Oktbr.-Deibr. 51 M. Gd., per Novbr.-Mai
51½ M. Gd.

Rohzucker geschäftlos.

Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.

Danzig, 22. Mai.

Wind: Gd.

Weizen. Inländische Weizen stark vernachlässigt, keine
Qualitäten blieben zwar im Preise behauptet, bagegen
mussten Mittelsorten 1—2 M. billiger verkauft werden,
geringe Kraut-Qualitäten sind fast unverkäuflich. Transit-
weizen gleichfalls in matter Lenden- und Preise eher
etwas schwächer. Beigelt wurde für inländischen bunt
krank 122½ 170 M. hellbunt 122½ 180 M. 123½ 184
182 M. weiß etwas krank 125½ 182 M. weiß 127½ 184
187 M. Gerben 113½ 180 M. 120½ 172 M. beigelt
124½ 174 M. für polnischen zum Transit bunt 121½ 186
132 M. 123½ 184 134 M. 128 und 126½ 186 138 M. gut
bunt 128½ 186 142 M. hellbunt 123½ 186 M. fein hoch-
bunt gläsig 132½ 186 M. für russischen zum Transit
hellbunt krank 115½ 186 126 M. per Tonne. Termine:
Mai-Juni zum freien Verkehr 185 M. Gd., transit 139
M. bez., Juni-Juli transit 139 M. bez., Juli-August transit
138 M. Gd., 137 M. Gd., September-Oktbr. zum freien
Verkehr 174 M. Gd., 173½ M. Gd., transit 135 M. bez.,
Oktober-Nov. transit 135 M. bez., Regulierungspreis zum
freien Verkehr 186 M. transit 139 M. Gd. Bekündigt
50 Tonnen.

Rosgen flau und weichend. Beigelt ist inländischer
120½ 125 und 126½ 140 M. Geruch 120½ 180 130 M.
russ. zum Transit 122½ 184 100 M. alles per 120½ per
Tonne. Termine: Mai-Juni inländ. 141½ M. bez., Juni-
Juli inländ. 141½ M. bez., transit 101 M. bez., Juli-August
inländ. 137 M. bez., Sept.-Oktbr. inländ. 135 M. Br.,
134½ M. Gd., unterpoln. 97½ M. Br., 96½ M. Gd.,
transit 96 M. Br., 95½ M. Gd., Regulierungspreis inländisch
140 M. unterpoln. 101 M. transit 100 M.

Gerte ist gehandelt russ. zum Transit 105½ 98 M.
hell 104½ 98 M. 104½ 98 99 M. 106½ 100 M. per
Tonne. — Häfer inländ. 153 M. per Tonne bezahlt.
— Kiefe zum See-Export grobe 3.45, 3.50, 3.55 M.
extra grobe 3.70 M. mittel 3.40 M. feine 3.30, 3.35,
3.37½ M. per 50 Kilo bez. — Spiritus contingentir
loc. 53½ M. Gd., per Okt.-Deibr. 51 M. Gd., per Nov-
Mai 51½ M. Gd., nicht contingentir loco 33½ M.
Gd., per Okt.-Deibr. 31½ M. Gd., per November-Mai
32 M. Gd.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 22. Mai.

Ers.v.21.

Weizen, geb. 2.Orient-A. 71.70 71.50

Mai 202.00 201.50 4% russ.A.80 97.30 97.40

Sept.-Okt. 184.70 184.00 Lombarden 60.00 60.10

Rogen 97.70 97.20

Mai 157.70 156.20 Creb.-sclaten 163.70 163.20

Sept.-Okt. 152.00 150.50 Disc.-Com. 220.50 220.00

Petroleum per 200 fls. Deutsche Ba. 167.60 167.60

loc. 23.40 23.40 Laurahütte. 138.90 138.00

Deitr. Poten. 173.10 173.20

Russ. Noten 233.25 233.00

Mai 75.50 73.70 March. kurz 232.70 232.65

Sept.-Okt. 57.00 55.90 London kurz 20.34 20.34

Spiritus 34.10 34.00 London Lang. 20.245 20.25

Mal-Juni 35.10 35.10 Russische 5% 79.00 79.00

Aug.-Sept. 107.70 107.70 G.M.-B. G. A. 79.00 79.00

4½ Reichs-A. 101.30 101.30 Bank. —

4½ Concols 106.60 106.60 D. Delmuth. — 137.20

3½ do. 101.50 101.40 do. Prior. — 126.00

3½ weiflr. 99.20 99.00 do. G. A. 113.70 113.60

do. neue 99.20 99.00 Ostr. G. B. 66.60 67.20

3½ ital.G. B. 58.90 58.90 Glanni. A. 101.00 101.00

5½ rm.G. R. 99.10 99.26 Dam. G. A. 89.60 89.60

Irr. 5% A. A. 89.80 89.80

Trans. 21. Mai. Fondsliste: fest.

Ers.v.21.

Productenmärkte.

Königsberg, 21. Mai. (v. Portatius und Grothe.)

Weizen per 1000 Kilogr. hochbunt russ. 116½ 136

127½ 145, 128½ 145 M. bez., bunter 127½ 184 M.

bez. gelber russ. 119½ 135, 131½ 148 M. bez., rother

121½ 181, 123½ 186 124½ 185 M. bez., 125½ 186 M. bez.,

Rogen per 1000 Kilogr. inländ. 139.50, 122½ 186 Ger.

140.50, 127½ 151 M. bez., russ. ab Bahre per 120½

102 M. bez., — Häfer per 1000 Kilogr. 146, 148 M.

— Ersben per 1000 Kilogr. weiße 132 M. bez., —

Weizen per 1000 Kilogr. (um See-Export) russ.

große 7½, mittel 7½, ger. 65, feine 65, 65.50, 66 M.

bez., — Roggenkiete per 1000 Kilogr. (um See-Export)

Beilage zu Nr. 18301 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 22. Mai 1890.

Abgeordnetenhaus.

64. Sitzung vom 21. Mai.

Die dritte Berathung des Nachtragsetats wird fortgesetzt.

Bei den dauernden Ausgaben, und zwar für das Ministerium für Handel und Gewerbe, will

Abg. Dasbach (Centr.) auf den Bergarbeiterstreik und die Stellung der Regierung zu denselben eingehen, wird jedoch vom Präsidenten mit dem Bemerkern daran verhindert, daß dies nicht zu den speziellen Titeln gehören.

Abg. Carolina (freis.) wünscht, daß den Vorgesetzten der Unterbeamten, wie Botenmeistern, Ober-Pedellen etc., die denselben gewährten persönlichen Zulagen bei der Bemessung der Pension mit angerechnet werden.

Die einzelnen Titel des Nachtragsetats und das dazu gehörige Gesetz, sowie der Nachtragsetat im ganzen werden angenommen.

Nach der Erledigung mehrerer kleiner Vorlagen provinzielner Natur folgt Petitionsberathung.

Die Petition der Justiz-Subalternbeamten betr. die Einkommens- und Beförderungsverhältnisse der Subalternbeamten bei den Lokaljustizbehörden wird der Regierung mit dem Erfuchen überwiesen, die Einführung des Systems der Alters- und Stellenzulagen auch für die Unter- und Subalternbeamten im Bereich der Justizverwaltung in Erwägung zu ziehen, im übrigen aber über dieselbe zur Tagesordnung überzugehen.

Die Petition des katholischen Pfarrers Lämmer zu Passeheim in Ostpr., betr. die Form der elterlichen Willenserklärung über den Unterricht der Kinder aus Misschén in einer anderen als der Confessionschule des Vaters, wird der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Über eine Petition von Familienvätern aus dem Ermland, den ermäandischen Katharineninnen die Errichtung bzw. die Weiterführung der bereits errichteten Anstalten zu gestatten, geht das Haus zur Tagesordnung über.

Die Petition des Directors Schauenburg in Crefeld betreffend die Berechtigung der Realgymnasien zu alten Studien und Staatsprüfungen empfiehlt die Commission der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Graf (nat.-lib.) legt den Standpunkt der Gegner dieser Berechtigung dar.

Abg. Kropatschek (conf.) empfiehlt mit Rücksicht auf die vom Cultusminister beabsichtigte Enquete die Petition der Regierung als Material zu überweisen.

Das Haus schließt sich dem Antrage Kropatschek an. Nächste Sitzung: Donnerstag.

Danzig, 22. Mai.

* [Handels- und Schiffahrts-Angelegenheiten.] Dem in der gestrigen General-Versammlung der hiesigen Corporation erstatteten Jahresbericht des Vorsitzenden über die Thätigkeit des Vorsteheramts in der Zeit vom Mai 1889 bis dahin 1890 entnehmen wir folgende Mittheilungen:

Die beschränkte Anlage des Bahnhofs Legethor ist wiederholt und seit Jahren Gegenstand der Beschwerde gewesen. Je mehr wir zu der Ueberzeugung gelangten, daß eine gründliche Hilfe nur möglich ist, wenn der Personenuerkehr gänzlich vom Legethor vermieden wird, mit desto größerer Theilnahme sind wir den Anstrengungen gefolgt, welche die königliche Eisenbahn-Direction in Bromberg durch Aufstellung von Projecten betrieben, die geeignet sind, die lokalen Schwierigkeiten zu überwinden. Wir haben uns an den bezüglichen Verhandlungen betheiligt und hoffen, daß dieselben bald ein günstiges Ergebnis zeitigen werden.

Die auf dem neuen Weichselthor errichteten drei Lagerschuppen haben der Nachfrage nach Räumen kaum genügen können. Namentlich für die Lagerung von Zucker und Aleie war ein so großer Bedürfnis, daß auch ein Theil der für den allgemeinen Verkehr (für vorübergehende Lagerungen) bestimmten Abtheilungen wenigstens zeitweise jenen beiden Artikeln dienstbar gemacht werden mußte. Das königl. Eisenbahn-Betriebsamt hat unsere auf thunlichste Vermehrung der Schuppenbauten gerichteten Wünsche bestens unterstützt, und wir dürfen zunächst der Herstellung eines vierten Schuppens entgegensehen. Unseren Anträgen auf Aufstellung von Krähnen ist infoweiße genügt, als ein transportabler Laufkran vom Hafenbastion hierher verlegt worden ist. Die Einrichtung eines drehbaren Lastenkrahs von 7500 Agr. Tragfähigkeit dürfen wir ehestens erwarten.

Eine durch den Herrn Regierungs-Präsidenten an uns gelangte Anfrage über die Notwendigkeit der Anlage eines Nothafens auf der Insel Bornholm beantworteten wir dahin, daß wir uns der bejüngsten Vorstellung des deutschen nautischen Vereins nur anschließen können, da gerade in den letzten Wintern bei vielfachen und schweren Gefährdungen der Ostsee-Schiffahrt durch Eis auch nach den Erfahrungen der hiesigen Schiffer es sich bestätigt hat, wie wünschenswert es wäre, einen auf der Westküste Bornholms gelegenen sicheren Nothafen anlaufen zu können.

Die Herstellung eines Leuchtturms auf der frischen Neurup hat uns wiederholt beschäftigt. Von dem Herrn Regierungs-Präsidenten war uns ausgegeben, zur Begründung etwaiger neuer Anträge neue Thatachen anzuführen. Wir mußten uns außer Stande er-

klären, andere Thatachen mitzutheilen als bereits geschehen war. Wenn die von uns angegebenen Gründe für die Errichtung des Leuchtturms: die breite Strecke einer völlig dunklen Küste — der einzige an Deutschlands Gestaden —, die durch mehrfache Strandungen erwiesene Gefährlichkeit dieser Küste, die Schwierigkeit des Rothens in einem bis nahe an uns liegenden Meerestheile, — wenn diese Gründe nicht ausreichen, und da die Gegengründe, welche die Herren Minister nach Anhörung der drei Navigationsschul-Direktoren zu ihrer ablehnenden Haltung veranlassen, uns unbekannt geblieben sind, müssen wir uns damit begnügen, die uns nothwendig scheinenden Anträge gestellt zu haben.

Auf die Anfrage des Herrn Regierungs-Präsidenten, ob die von dem Herrn Minister für eine Nebenzichen-Anlage auf Hela in Aussicht gestellten Mittel zur Aufstellung eines Uhrwerks zu verwenden sind, durch welches alle zwei oder drei Minuten ein Gong oder eine größere Glocke angeschlagen wird, haben wir dringend gebeten, die Aufstellung einer Sirene zu befürworten.

Von hervorragender Bedeutung für unseren Platz ist die allmählich forschreichende Umgestaltung der russischen Tarife. In der abgelaufenen Berichtsperiode sind sämtliche Einfuhr- sowie Ausfuhr-Tarife für direkte Verbandsverkehre gekündigt, die Tarife für die Ausfuhr aus Russland neu gebildet, diejenigen für die Einfuhr nach Russland jedoch noch nicht erstellt.

* [Danziger Cellulose-Fabrik.] Auf den 9. Juni ist eine außerordentliche Generalversammlung der Danziger Cellulose-Fabrik einberufen worden, auf deren Tagesordnung die Beschlusssatzung über Liquidation der Gesellschaft sowie über den freiändigen Verkauf der Grundstücke der Gesellschaft steht.

* [Neue Postanstalt.] Am 1. Juni tritt in Grosse eine Posthilfsstelle in Wirklichkeit, welche mit der Postagentur in Dossoczyn durch den Landbriefsträger zu Fuß in Verbindung gesetzt wird.

* [Ordensverleihungen.] Außer den schon gemeldehen höheren Offizieren sind bei Anwesenheit des Kaiserpaars in Königsberg u. a. noch decortirt worden: Major v. Leibig vom westpreuß. Feldartillerie-Regt. Nr. 16 und Divisions-Auditeur der 2. Division, Offizier Bender mit dem rothen Adlerorden 4. Klasse, Divisionsküster Liedtke von der 2. Division mit dem alg. Ehrenzeichen.

* [Norddeutsche Sänger.] Bereits im Februar traten, allerdings nur für kurze Zeit, in dem Saale des „Freundschaftlichen Gartens“ die norddeutschen Sänger auf und ernteten großen Beifall, so daß sie sich zu einem längeren Gastspiele entschlossen haben, welches am ersten Pfingstfeiertage im „Freundschaftlichen Garten“ beginnt. Wenn, was zu erwarten steht, die Sänger Gleicherthiges leisten, wie im vergangenen Winter bei ihrem ersten Auftritte in Danzig, so dürften sie sich rasch die Gunst des Publikums erwerben.

* [Deutscher Lehrertag.] Der achte deutsche Lehrertag, welcher vom 26.—29. Mai in Berlin stattfindet, wird auch von einer Anzahl Lehrer aus unserer Provinz besucht werden. Die Verhandlungen desselben haben eine besondere Wichtigkeit, da die Beschlüsse nicht von allen Theilnehmern gefaßt werden, sondern nur von Abgeordneten der Provinzial-rep. Landes-Lehrer-Verbände. Der westpreußische Provinzial-Lehrer-Verein wird in Berlin durch 5 Abgeordnete vertreten, nämlich durch die Herren Hauptlehrer Melke I. Danzig, Kandulski-Briesen und Spiegelberg-Elsing, Lehrer Chilli-Thorn und Real-Gymnasiallehrer Auffsch-Elsing. Den Verhandlungen des Lehrertages bringen viele Städte ein hohes Interesse entgegen. Breslau entsendet zum Lehrertage 2 Stadtshulimpectoren auf Kosten der Stadt und Königswberg ebenfalls den Stadtshulrat Dr. Tribukait und Rector Tromnau, auch gewährt erstere Stadt 3 Volkschullehrern, die den Lehrertag besuchen wollen, Reisebeihilfen von je 60 Mk.

* [Christburg.] 21. Mai. Ueber die Abreise des Kaisers von Prökelwitz ist nach nichts feststehend; dieselbe soll nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten Donnerstag Abend zwischen 10 und 11 Uhr erfolgen, jedoch ist auch diese Nachricht nur mit Vorsicht aufzunehmen, weil die Reisedispositionen des Kaisers oft noch im letzten Augenblicke geändert werden. Zur Ausfahrt der Stadt durch Ehrenpforten und Gürtelrunden, sowie zur Illumination der Stadt werden eifrig Vorbereitungen getroffen. Die Reise erfolgt von Prökelwitz per Wagen nach Altfelde und von hier mittels Sonderzuges nach Berlin. Bis jetzt sind vom Kaiser 14 Rehböcke erlegt worden. Der Zugrund des Publikums nach Prökelwitz ist täglich sehr bedeutend.

* [Thorn.] 21. Mai. In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten machte Herr Bürgermeister Bender Mittheilungen über die von dem im Gefängnisse verstorbenen Kämmerei-Kassenrentanten Krüger geplanten Unterstiegungen. Dieselben erstrecken sich auf einen Zeitraum von 18 Jahren und sind dadurch möglich geworden, daß Krüger bei der städtischen Sparkasse Rendant und zugleich Buchführer war. Aus dieser Kasse hat er nach und nach einschließlich der Jinsen den Betrag von 16 125 Mk. entwidmet, indem er Beläge über Auszahlungen fälschte. Herr Bender

hob hervor, daß Krüger die Veruntreuungen noch vor seinem Tode eingestanden und angegeben habe, daß keiner der anderen Beamten von denselben berührt werde. Die Ermittlungen über die Unterstiegungssache sind noch nicht völlig abgeschlossen.

Der in der vorletzten Schwurgerichtsperiode v. 3. wegen Mordes zum Tode verurteilte Einwohner Semerinski ist zu lebenslänglichem Zuchthaus begradigt worden.

M. Stolp, 21. Mai. Die durch allerhöchste Cabinetsordre vom 3. d. Mts. erfolgte Bestätigung der Wahl des Landrichters Dr. Maurer hierzu ist zum Bürgermeister seiner Stadt auf die Zeit vom 1. Juni 1890 bis dahin 1902. Ist heute hier eingetroffen. Herr Dr. Maurer ist der Sohn eines Buchbindermasters in Anklam und hat sich jüngst durch ein Werk über die Neuregelung des Genossenschaftswesens von juristischen Standpunkten aus in weiteren Kreisen bekannt gemacht. Am hiesigen Landgerichte amtet Herr Dr. Maurer seit ca. 2 Jahren als Landrichter.

Vermischte Nachrichten.

* [Helene Odilon] verläßt das „Berliner Theater“ und geht an das „Wiener Volkstheater“.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 21. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 185—196. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 175—180. russ. loco ruhig, 110—112. Hafer ruhig. — Gerste ruhig. Rüböl (unverzehlt) fest. loco 71. — Spiritus still, per Mai-Juni 21^{3/4} Br. per Juni-Juli 22^{1/2} Br. per Aug.-September 23^{1/2} Br. per Sept.-Okt. 23^{1/2} Br. — Raffee ruhig. Umfang 2000 Sack. — Petroleum fest. Standard white loco 6.95 Br. per August-Dezember 7.30 Br. — Weizen: Gehr warm.

Hamburg, 21. Mai. Raffee. Good average Santos per Mai 85^{1/2}, per September 83^{1/2}, per Dezember 78^{1/2}, per März 1891 77. Behauptet.

Zuckermarkt geschlossen.

Savre, 21. Mai. Raffee. Good average Santos per Mai 108.50, per September 105.00, per December 97.50. Fest.

Bremen, 21. Mai. Petroleum. (Schlußbericht.) Gielegend. Standard white loco 6.95 bei.

Frankfurt a. M., 21. Mai. Effecten-Societät. (Schlußbericht.) Credit-Aktion 260^{1/2}. Franzosen 193^{1/2}. Lombarden 110^{1/2}.

Angester 37.94. 4% ungar. Goldrente 89.65. 1880er Russen 97.20. Gotthardbahn 168.30. Disconto-Commandit 219.60. Dresdener Bank 149.20. Laurahütte 161.80. Zollführten 90. Duxer 410^{1/2}. Ziemblich fest.

Wien, 21. Mai. (Schluß-Course.) Deltorr. Papiernot 89.35, br. 5% do. 101.40. do. Gilberrente 90.00, 4% Goldrente 110.40, do. ung. Goldrente 104.00, 5% Papierrente 99.85. 1860er Loofe 138.75. Anglo-Aust. 150.90. Länderbank 226.40. Creditakt. 301.85. Unionbank 243.75. Ungar. Creditaktion 343.50. Wiener Bankverein 117.25. Böh. Weltbahn 335.00. Böh. Nordb. 215.00. Bul. Eisenbahn 432.00. Dug. Bodenbacher — Elbthalbahn 226.50. Nordbahn 271.50. Frankopan 224.25. Galizien 195.50. Lemberg-Gern. 231.50. Lombarden 128.50. Nordbahn 207.75. Bardubitzer 175.50. Alp. Mont. Act. 101.75. Tabakactien 115.75. Amsterdamer Wechsel 97.75. Deutsche Blätte 57.75. Londoner Wechsel 117.70. Pariser Wechsel 46.80. Napoleon 9.38^{1/2}. Marknoten 57.75. Russ. Banknoten 1.34^{1/2}. Gilbercoupons 100. Bulgarien-Anleihe 109.

Amsterdam, 21. Mai. Getreidemarkt. Weizen auf Termino niedriger, per Mai 207, per Novbr. 200.

Roggen loco geschäftlos, auf Termino unveränd. per Mai 133—134—135—134, per Oktober 123—122.

Rüböl loco 34^{1/2}, per Herbst 30^{1/2}.

Antwerpen, 21. Mai. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffineries. Inpe weiß 107^{1/2} bis 17^{1/2} Br. per Sept.-Dez. 17^{1/2} bis 18^{1/2} Br. per Sept.-Dez.

Paris, 21. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Mai 25.70, per Juni 25.60, per Juli-August 24.90, per Sept.-Dez. 23.90. — Roggen ruhig, per Mai 16.50, per Sept.-Dez. 15.20. — Mehlabfall 5.20. — Goldrente 11.50 M. — Fine Nr. 0 11.50 M. — Superfine Nr. 00 13.50 M. — Fine Nr. 1 13.50 M. — Fine Nr. 2 9.50 M. — Mehlabfall oder Schwarzmehl 6.20 M.

Rosgenmehl per 50 Kilogr. Extra superfine Nr. 00 14.20 M. — Superfine Nr. 0 13.20 M. — Mischung Nr. 0 und 1 12.20 M. — Fine Nr. 1 10.40 M. — Fine Nr. 2 8.60 M. — Schrotmehl 9.20 M. — Mehlabfall oder Schwarzmehl 6.20 M.

Aleien per 50 Kilogr. Weizenkleie 4.80 M. — Roggenkleie 5.20 M.

Graupen per 50 Kilogr. Perlgrope 22.00 M. — Fine mittel 19.00 M. — Mittel 15.00 M. — Ordinäre 13.00 M.

Grünen per 50 Kilogr. Weizengrüne 16.50 M. — Grasgrüne 18.00 M.

neue 16^{1/2}, Rio Tinto 19. Rubinen-Action 3/8% Agio. Silber — Plattdiscont 13^{1/2}. Glassow, 21. Mai. Roheisen. (Schluß.) Mined numbers warrants 44 sh. 2 d.

Der Markt bleibt bis Dienstag geschlossen.

Liverpool, 21. Mai. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 15.000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Zoll. Mittl. amerikan. Lieferung: per Mai-Juni 65^{1/2} Br. Verkäuferpreis, per Juni-Juli 69^{1/2} do. per Juli-August 69^{1/2} do. per August-Septbr. 69^{1/2} do. per Septbr.-Oktbr. 65^{1/2} do. Raff. Verkäuferpreis, per Oktbr.-Novbr. 6 do. per Novbr.-Dezbr. 65^{1/2} do. per Dezbr.-Januar 5^{1/2} do.

Leith, 21. Mai. Getreidemarkt. Gängliche Artikel ruhig, stetig.

Newark, 20. Mai. (Schluß-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) 4.83^{1/2}. Cable-Transfers 4.86.

Wechs. a. Paris (60 Tage) 5.20. Wechsel auf Berlin (60 Tage) 95. 4% fundierte Anleihe 122. Canadian-Pacific-Action 81^{1/2}. Central-Pacific-Action 36. Chic. u. North-Western-Action 115^{1/2}. Chic. Mill. u. St. Paul-Action 76%. Illinois Central-Act. 116. Lake-Shore-Michigan-South-Act. 111^{1/2}. Louisville- und Nashville-Action 91^{1/2}. New. Lake-Erie u. West. second Mort.-Bonds 105^{1/2}. New. Central. u. Hudson-River-Action 109^{1/2}. Northern-Pacific-Preferred-Act. 85^{1/2}. Norfolk- u. Western-Preferred-Action 66. Philadelphia- und Reading-Action 47^{1/2}. St. Louis. G. Franc.-Pref. Act. 65^{1/2}. Union-Pacific-Action 66^{1/2}. Wash. St. Louis-Pacific-Bref. Act. 30^{1/2}.

— Warensbericht. Baumwolle in Newark 12^{1/2} do. in New-Orleans 7.30 do. in Philadelphia 7.40 do. rohes Petroleum in Newark 7.50 do. Pipe line Certificates per Juni 94^{1/2} do. — Schmalz loco 6.45. do. Rohe und Brothers 6.70. — Zucker (Fair refining Muscovados) 4^{1/2}. — Raffee (Fair Rio) 19^{1/2}. Rio Nr. 7. low ordinary per Juni 16.22, per August 16.0

Bekanntmachung.
Zur öffentlich meistbietenden
Verpflichtung der Gras- und Oft-
nung an den Provinzial-
Chausseen meines Aufsichtsbe-
zirkes für das Jahr 1890 habe ich
folgende Termine anberaumt:

1. Am Dienstag, den 27. Mai d.
3. Vorm. 9 Uhr, in Dirschau,
im Gaithause des Herrn
Glaeser, Fischl., für die
Strecke des Chaussee-Auf-
sehers Kämpfers.
2. Am Mittwoch, den 28. Mai
d. 3. Vorm. 8½ Uhr, in
hohenstein im Gaithause des
Herrn Baskat, für die
Strecke des Chaussee-Auf-
sehers Lemke.
3. Am Mittwoch, den 28. Mai
d. 3. Nachm. 4 Uhr in Memel,
im Deutschen Hause, für die
Strecke des Chaussee-Auf-
sehers Wobek.
4. Am Sonnabend, den 31. Mai,
Nachm. 4 Uhr in Döben,
bei Frau Lüpers, für die
Strecke des Chaussee-Auf-
sehers Siekau.
5. Am Montag, den 2. Juni d.
3. Vorm. 8 Uhr, in Pr.
Stargard im Gaithause des
Herrn Preußdorffski, für
die Strecke des Chaussee-Auf-
sehers Kahn.

Die Bedingungen werden in
den Terminen bekannt gemacht,
die Tageträge sind baar zu
entrichten. (5384)

Pr. Stargard, den 10. Mai 1890.

Der Kreisbaumeister.

Krämer.

Ein Institut

für

Optik und Mechanik

mit fortwährendem Lager in optischen,
physikalischen und chirurgischen
Artikeln, nebst einer mechanischen
Werkstatt, in einer Stadt von
circa 20 000 Einwohnern, ohne
Concurrent, 20 Jahre mit gutem
Erfolg betrieben, ist in verkaufen.
Fachleuten mit circa 8000 M.
Kapital ist hierdurch Gelegenheit
geboten, ein gut eingeführtes Ge-
schäft zu erwerben.

Offerter werden unter 5286 in
der Exped. dieser Stg. erbeten.

Carl Theodor Schwetzel-Seife

v. Bergmann & Co., Berlin u.
Frankf., a. M. übertrifft i. ihren
wahrh. übertraf. Wirk. f. d. Haut-
pflege alles bish. dagegen. Sie
vernicht. unbedingt alle Art Haut-
ausschläge m. Flecken, Füßen, r.
Flecken, Mittesser ic. d. St. 50 &
bei Albert Neumann. (4534)

Prämire goldene Medaille.

PUTZ-Pasta
(Keine Pomade) Universal
Allerbestes. Nur echt mit
PUTZmittel der Welt für
alle Metalle und Glasgegenstände überall zu haben
Lubszynski & Co. Berlin C.

Kunst auf Schuhmarke, Säbel
wegen minderwertiger Nach-
ahmung. (1791)

Sehrlich warm empfohlen!

Zarte Haut

Man denkt nur die bestm.
PUTTENDÖRSER'sche
Schwefelseife, v. Dr. Albers
als einzigste gegen schlechtes
Pilz, Sommerrosten
empfohlen. Nach 50 Pf. ab.

Rib. Neumann, Langenmarkt 3.
Co. Baedold, Hundegasse 38.
H. Lietzau, Holzmarkt 1.
S. Lindenberg, Langgasse 10.

Aromatisches
Mangan-
Eisen-
Pepton
DRA.GUDE'S
Blut-Mittel
zu
haben
in den
Apotheken
Erfunden Dr. A. Gude
Fabrik chem. u. pharm. Präparate
Dr. A. Gude & Co. Leipzig
In Taschen zu 1/2 Mark
Angenehmen weinartigen Geschmacks -

General-Depot:
Hrn. E. Haackel, Elephanten-
Apotheke, Breitgasse 15.

Moras
haarstärkendes Mittel
(Königliches Haarwasser)
aus der Fabrik von
A. Moras & Co.,
Königliche Hoflieferanten
in Köln a. Rh., ist als das
feinste Toilettmittel in
der ganzen Welt einge-
führt und als das reellste
Haarmittel beliebt. Es be-
seitigt in 3 Tagen die
Schuppenbildung, macht
die Haare geschmeidig u.
seideglänzend, befördert
den Wachsthum und
verhindert ihr Ausfallen
u. Grauw werden. 1/1 Fl. 2 M.
Depots bei Alb. Neu-
mann, Langen Markt,
Hörn. Lietzau, Holz-
markt,
Rich. Lenz, Brodbänken-
gasse,
R. Läser, Adler-Dro-
gerie, Wolfwebergasse.

Jede

Namen-Stickerei

wird sauber und billig ausgeführt
Seitgasse 18. Bei ganz
Ausstattungen Preisermäßigung.

Das große Heer der Nervenübel

— angefangen vom nervösen Kopfschmerz bis zu den Prodromen der Apoplexie (Schlagfluss) — hat von jeher den Anstrengungen der ärztlichen Kunst geopfert. Erst der Neuzeit gehört die Errungenschaft an: durch Bevölkerung des einfachsten aller Wege, der Haut, zu einer physiologischen Entdeckung gelangt zu sein, die gegenwärtig nach hundertfach abgeschlossenen Experimenten ihre Keile um die Erde antritt und nicht minder die wissenschaftlichen Kreise, wie die nervös kranke Menschheit im hohen Maße interessiert. Das von dem ehemaligen Militärarzt Roman Weissmann in Bilsdorf erfundene und aus den Erfahrungen einer 50jährigen ärztlichen Praxis geschaffene Heilverfahren, durch täglich einmalige Kopfmaßung entsprechende Substanzen direct durch die Haut dem Nervensystem zu führen, hat so sensationelle Erfolge zu verzeichnen, daß von dem Erfinder dieser Heilmethode herausgegebene Broschüre:

Über Nervenkrankheiten und Schlagfluss (Hirnlähmung)

hinnen kurzer Zeit bereits in 21ster Auflage erschienen ist. Das Buch umfaßt nicht nur gemeinverständliche Declarationen über das Wesen dieser neuen Therapie und der damit selbst im verschiedensten Fällen nervöser Leiden erzielten Erfolge, sondern auch die dieser Methode gewidmeten wissenschaftlichen Elaborate der medizinischen Brüder, wie die Wiebergabe vieler Neuerungen ärztlicher Autoritäten, darunter der Dr. med. P. Meniere, Professor der Poliklinik für Frauenkrankheiten in Paris, Rue Auguste 10. — des Irrenarztes Dr. med. Steinröder am Nationalhaus für Nervenkrankheiten in Charenton, — des königl. Gesundheitsrates Dr. Cohn in Stettin, — des großherzogl. Beiratsarztes Dr. med. Großmann in Tübingen, — des polizeialrathes Dr. B. Foretter in Aachen, — des Geheimarztes Dr. Schering, Schloß Eutensfelde, Bahnhof Ema, — des Dr. med. Darjes, Chefarzt und Director der Galvano-Therapie, Anstalt für Nervenkrankheiten, Paris, Rue St. Honoré 334, — des Dr. med. und Consil. Dr. von Kühnbeck in Corfu, — des hess. Beiratsarztes Dr. Busbach in Birkenfeld, — des kais. königl. Oberstabsarztes L. Gläse Dr. med. Jäger in Wien, — des Dr. C. Vongavel in La Ferrière (Cure), Mitglied des Central-Rates für Hygiene und Gesundheit, und viele andre.

Es wird deshalb allen Jener, die an krankhaften Nervenstörungen im Allgemeinen, darnach an sogenannter Neurose laborieren, gekennzeichnet durch habituelle Kopfschmerzen, Migräne, Congestionen, große Reizbarkeit, Aufgeregtheit, Schlaflosigkeit, körperliche allgemeine Unruhe und Unbehaglichkeit, jerner Kranken, die vom Schlagfluss heimgesucht wurden und an den Folgen desselben und somit an Lähmungen, Sprachunvermögen oder Schwerfälligkeit der Sprache, Gehirnleid, Steifheit der Gelenke und ähnlichen Schmerzen in denselben, partiellem Schwächezuständen, Gedächtnisschwäche, Schlaflosigkeit u. i. w. leiden und die bereits ärztliche Hilfe nachsuchen und durch die bekannten Hilfsmittel, wie Enthaltsamkeit und Salzwasser-Curen, Einreibungen, Elektrotherapie, Galvanisation, Dampf-, Moor- oder Geißelbäder — keine Heilung oder Besserung erlangten, endlich jenen Personen, die Schlagfluss fürchten und dazu aus den Erscheinungen anbauern Angstföhle, Eingenommenheit des Kopfes, Kopfschmerzen mit Schwindelgefühl, Flimmern und Dunkelwerden vor den Augen, Druckgefühl unter der Stirn, Ohrensausen, Rütteln und Taubwerden der Hände und Füße. Urtage haben und somit allen Angehörigen der vorgedachten drei Kategorien Nervenleidender, sowie bleibflüchtigen und dadurch der Kraftlosigkeit verfallenden jungen Mädchen, auch gesunde, selbst jüngere Personen, die geistig viel beschäftigt sind und die der Reaktion geistiger Tätigkeit vorbeugen wollen, dringlich angewiesen, sich in den Besitz der oben genannten Broschüre zu bringen, welche franco und kostenlos zu beziehen ist in Cibis der A. G. Seemann, in Königsberg in Ostpr. bei der Apotheke, 3. Zahl.

Lemaire & Co., Apotheke 1. Klasse, Paris, 30 Rue de l'Échiquier. Autorisierte Inhaber des Monopols für Verbreitung der Heilmethode von Roman Weissmann, ehemaliger Landwehr-Bataillonsarzt, Ehrenmitglied des ital. Sanitätsordens vom weißen Kreuz.

„Auf Grund eingehender Prüfung der Weissmann'schen Methode und der mit derselben erzielten außerordentlichen Heilresultate, hat die Jury der int. na. ionale hygienisch-medizinische Ausstellung zu Genf, bestehend aus den Herren: Dr. Briele, Professor und Prüfungskommi. für den Königl. belgisch. Regierung, Dr. Vanhamel-Noos, Director der Prüfungskommission für Nahrungsmittel, R. Gille, Prof. und Vicepräsident der Königl. belgisch. Academie und Mitglied der Medicinalcommission, Van Delte, Mitglied der Medicinalcommission, Van de Wyvere, Director des chemischen Laboratoriums und Mitglied der Medicinalcommission in Brüssel, dem Weissmann'schen Heilverfahren gegen Nervenleiden die silberne Medaille kreiert, laut documentaler Ausstellung vom 30. September 1899.“

„Diese Auszeichnung seitens der vorberechneten, lediglich aus Celebrisäten der Wissenschaft zusammengesetzten Commission ist die höchste Anerkennung.“

Schul-Verlag von A. W. Käsemann in Danzig.

Wir empfehlen für die Einführung die nachstehenden ge-
diegenen Religionsbücher, die sämtliche religiöse Lehr-
stoffe umfassen und sehr günstig rezipiert wurden.

Der evangelische Religionsschüler

von R. Hekler. — Preis geb. 50 Pf.

B. Ausgabe in 2 Teilen.

Preis pro Teil gebunden 1 M.

(Beide Ausgaben mit wertvollen Karten, Abbildungen, Notenbeilagen ic.)

Ausführliche Prospekte und Ansichts-Exemplare

sind franko zur Verfügung.

A. W. Käsemann,

Verlagsbuchhandlung.

Der kleine Religionsschüler

von R. Hekler. — Preis geb. 50 Pf.

Wortlufe zu dem obigen größeren Werke, umfaßt sämtliche religiöse Lehrstoffe für das 1.—5. Schuljahr u. a. auch erlebene, illustrierte Mustergeschichten für die Kleinen.

Ausführliche Prospekte und Ansichts-Exemplare

sind franko zur Verfügung.

A. W. Käsemann,

Verlagsbuchhandlung.

10. GROSSE WEIMAR LOTTERIE.

Ziehung unwiderrücklich 7.—9. Juni er.

6700 Gewinne, Wert

20 000 Mk.

(11 für 10 Mk.)

empfiehlt und versendet auch

gegen Coupons und Brief-

marken

die General-Agentur

Oscar Brüller & Co.

Bankgeschäft,

Berlin W. Leipzigerstr.

Nr. 103.

Porto und Listen 30 Pf.

extra.

Graben 10. April 1890.

Die Lithion-Quelle

zu Assmannshausen a. Rh.,

ein anerkannt höchstes Geschäft an dampf- und kohlenstoffarmem

Steinkohle, und vortheilhaftesten Zusammensetzung mit anderen

Karbonaten (Natron, Kalz. Magnesia etc.) hat sich stets bei

Reiz, Rheumatismus, Harngries (Harnleid) und Harnsteinen,

sowie bei Erkrankungen des Nierenbeckens und der Blase,

bei Magen- und Darmleiden als heilhaftes Mineralwasser

bewährt. Ist durch alle Mineralwasserhandlungen Apotheken

und die Badeinspektion.

Großes Badehaus: Kaiser Wilhelm-Bad.

Neues Badehaus: Kaiser Wilhelm-Bad.

Bad Polzin mit Waldlust, Strand-, Fischmadel-

Moor- und Kohlenbäder. Kurhaus u. Bäder.

gegen Blutarmuth, Lähmung, Gicht, chronischen Rheumatismus und Frauenkrankheiten. (3558)

Die Bade-Commission.

Bahnhof Gr. Kombin.

1890. 1. April 1890.

BAD NEUENahr

Alkalische Therme im Abhale zwischen Bonn und Coblenz. Wir-

kenen ähnlich denen von Vichy, Karlsbad und Ems, aber mildsüß

und zugleich den Organismus stärkend. Inhalationen u. Massage.

Nur das Carbopol (anerkennbar sehr gute Käse und Weine, mäßige Preise) steht in direktor Verbindung mit Bädern u. Lessalen. Vor- u. Nach-

Saison ermäßigte Preise. Neuenahr Mineralwasser, Pastillen u.

Säzu zu bezahlen durch die Direction, Niedleraden und Apotheken.

Prospectus.

1890. 1. April 1890.

Naturharter Special-Stahl

für Drehstäbe. Wird gebraucht ohne gehärtet

zu werden, wodurch grosse Ersparniß. Höchste

Leistungsfähigkeit. Wiederverkäufer gesucht

Offerten und Referenzen an „Special Steel“, P. O. Box 215.

Sheffield.

1890. 1. April 1890.

Zeitung erbeten.

In Oliva wird Denton gef. f. g. 1890. 1. April 1890.

Tropengasse 24 ist ein mögl.

i. Dame. Adr. unter 5486 in

1890. 1. April 1890.

Die Lithion-Quelle

für Dampfbäder gegen

Blutarmuth, Lähmung, Gicht, chronischen Rheumatismus und

Frauenkrankheiten.

1890. 1. April 1890.

B. Schlachter, Schirmfabrik, Breitgasse 5.